

Annoucen:
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei G. H. Mici & Co.
Breitestr. 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in L. eseritz bei Ph. Matthias.

Morgen-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

Annoucen:
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Paube & Co.,
Hanselstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Nr. 70.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Donnerstag, 29. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgefaltene Petitzeile ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Das Ausland im Beginn des Jahres 1880.

I.

Frankreich und England.

Unsere Nachbarn jenseits des Rheins haben das neue Jahr in ziemlich Erregung begonnen: ein Ministerwechsel, der das Kabinet Freycinet an Stelle des Ministeriums Waddington setzte, hat die politische Perspektive der Parteien nicht unerheblich verschoben und damit eine Bewegung in die Geister gebracht, deren Schlussresultat zur Zeit noch nicht voraussehen ist. Zur Klarstellung der inneren Lage Frankreichs benötigt es, auf die Vergangenheit der Parteikämpfe dieses Landes zurückzugreifen.

Die Wahlen vom 5. Januar 1879 hatten den Republikanern den Senat überantwortet — sie erlangten darin eine Majorität von 60 Stimmen. Alle monarchistischen Pläne waren damit auf Jahre hinaus verlagert, denn die Deputiertenkammer war längst die unbestrittene Domaine der republikanischen Partei. Damit sah aber der Präsident Mac-Mahon den Moment gekommen, wo er, der von den Monarchisten im Stillen stets als Vertrauensmann betrachtet wurde, seine Rolle für ausgespielt halten mußte und nahm in der gefühlvoll vorgeschriebenen, vom Kriegsminister angeordneten, Neubefestigung der Armee-Kommandantenstellen einen willkommenen Anlaß, seine Entlassung zu geben. Anfang Februar trat an seine Stelle der gemäßigt-republikanische Grevy — bisher Präsident der Deputiertenkammer, dem Gambetta in dieser letzten Stellung nachfolgte. Zugleich demissionierte das Ministerium Dufaure, um einem mehr links stehenden Kabinet Waddington Platz zu machen. Damit war nun eine neue Ära der Republik Frankreich inaugurirt, die bald in den Thaten des Ministeriums Waddington ihre äußere Signatur erhalten sollte. Eine Reihe von Maßregeln folgten sich Schlag auf Schlag. Eine theilweise Amnestie der Kommunisten, die „Brandmarkung“ des „reaktionären“ Ministeriums vom 16. Mai 1877 und endlich die Rückverlegung des Sitzes der öffentlichen Gewalten, der Kammern und der Exekutive, von Versailles nach Paris.

Da stirbt der kaiserliche Prinz Louis Napoleon, durchbohrt von den Affegais wilder Barbarenhorden auf fernen afrikanischen Kriegesfeldern. Wie sehr — menschlich betrachtet — dies Geschick auch der Theilnahme empfindender Seelen sicher sein konnte, so mußten doch die Freunde einer friedlichen Entwicklung der politischen Dinge in Frankreich in dem Ereigniß die Befreiung von einem achtunggebietenden Gegner, dem Hauptträger der napoleonischen Legende, erblicken. Der Imperialismus erschien für einen Augenblick als ernsthaft gefährliche Macht beseitigt — doch nur für einen Moment. Mit überraschender Einstimmigkeit scharte sich bald die verworfene Partei um Jérôme Napoleon als deren einzigen erbberechtigten Nachfolger des Kaiserthums und erhielt damit wieder ein Oberhaupt, das zwar unthätig und für die Aktion auch wohl kaum geschaffen, doch die Mission erfüllt, als der sichtbare Träger des napoleonischen Gedankens den Faden ohne Unterbrechung weiterzuführen und „die Idee“ des Kaiserthums aufzubewahren bis zu einer späteren für ihre Verwirklichung günstigeren Zeit.

Inzwischen mußten die fortgeschrittenen Republikaner unter Gambetta's Führung die Erfahrung machen, daß die gehoffte Wirkung des von ihnen auf die Tagesordnung gestellten und mit großer Energie betriebenen Kampfes gegen den Klerikalismus für die Sicherung ihres gewonnenen Terrains ausblieb. Die Befreiung der öffentlichen Schulen von den Fesseln des Klerus durch die Gesetzesentwürfe des Unterrichts-Ministers Ferry drohte zu scheitern — die Versuche, durch den Kulturkampf die Massen auf seine Seite zu ziehen, verliefen für Gambetta und die entschiedenen Republikaner vorläufig wenigstens noch resultatlos.

Dagegen gelangte das zweite für den gleichmächtigen Kulturfortschritt in Frankreich gefährliche Element, der Radikalismus, zu einer gradezu verhängnisvollen Bedeutung. Zu Hunderten kehrten im Herbst die durch die Amnestie freigewordenen Kommunehelden aus Kaledonien zurück und brachten eine so verderbliche Agitation mit heim, daß deren Wirkung sich bald in unzweideutiger Weise kundgeben mußte. Die kommunistischen Ideen griffen mit rasender Schnelligkeit und um so ungehinderter um sich, als die Regierung in unbegreiflicher Schwäche den Volksagitatoren keinen Widerstand entgegenzusetzen wagte. Erst als in Paris und Lyon die Kommune bereits als Mitbewerberin bei den Wahlen auftrat und in diesen einige thatächliche Triumphe feierte, wachte die Regierung aus ihrer Lethargie auf. Ihr Zaudern hatte aber bereits der kommunistisch-sozialistischen Propaganda einen solchen Vorschub geleistet, daß Gambetta und die Seinigen einfahen, durch Nachgiebigkeit gegenüber einem Theile der radikalen Forderungen, namentlich durch die Proklamirung der absoluten Amnestie das verlorene Terrain wieder erobern zu müssen. Unter solchen für den Beginn der neuen parlamentarischen Epoche innerhalb der pariser Mauern wenig Gutes verheißenden Umständen traten die Kammern am 27. November wiederum zusammen.

Jetzt war die Zeit gekommen, wo das Kabinet Waddington

stürzen mußte — denn es war schon 10 Monate (!!) im Amte. Es stand einer Phalanx gegenüber, die offen und geheim es heftig bekämpfte, die Radikalen, die Gambettisten und die Monarchisten. In der „Republique française“ war es namentlich der Diktator von Bordeaux selbst, der einen Giftspieß nach dem anderen absoß. Vor den Thüren warteten schon die Todtengräber des Kabinetts, um es zu begraben und sich an dessen Stelle zu setzen. Wiederholt hatte es die Mehrheit der Linken zwar, aber nicht die der Kammer erlangt; so wurden denn Waddington und seine Freunde der Sache müde und traten zurück. Nach langen und schweren Wehen bildete Gambetta's Freund, Herr de Freycinet, am 28. Dezember ein neues Ministerium, in welchem kein Mitglied des linken Zentrums mehr saß, sondern lauter Männer, die zur Linken oder republikanischen Union gehörten. Gambetta selbst hielt die Zeit noch nicht für gekommen, wo er in Person an die Spitze der Geschäfte treten will. Das Ministerium ist nun allerdings aus einem Guß, und insofern kann man Thaten von ihm fordern und erwarten; ob es aber im Senat den § 7 durchbringen wird, ist sehr fraglich; das linke Zentrum schuldet ihm natürlich keine besonderen Rücksichten mehr. Das Ausland, welches anfänglich das neue Kabinet mit unverhohlenem Mißtrauen aufnahm, hat seine Ansichten etwas geändert, aber vorsichtiges Abwarten ist doch noch die allgemeine Lösung.

Radikal geht das neue Ministerium seit Beginn des Jahres namentlich in der Erfüllung einer Forderung vor: in der Purifizierung der Beamtenwelt. Die meisten Kathedren, namentlich aller Verwaltungsbeamten, aber auch selbst der höheren Militär- und diplomatischen Stellungen werden erbarmungslos von allen Elementen zu säubern gesucht, die nicht ganz vor dem Forum der republikanischen Gesinnungstüchtigkeit zu bestehen vermögen. Ob hierbei nicht zuweilen die Interessen des Dienstes leiden — muß dahingestellt bleiben, ebenso ob das ganze Ministerium Freycinet von langer Dauer sein wird. Es dürfte zunächst darauf ankommen, daß es bei den brennenden Fragen, z. B. bei den demnächstigen Verhandlungen über die Ferry'schen Unterrichtsgesetze, die gemäßigten Elemente und namentlich das linke Zentrum an sich zu fesseln weiß.

Ungleich erregter als Frankreich hat England die Schwelle des Jahres 1880 überschritten. Die imperialistische Politik des Torrykabinetts hatte das für kriegerische Abenteuer wenig gestimmte Inselreich auf mehreren Punkten der Erdoberfläche in eine Reihe Kleinkriege verwickelt, deren endgültiger Abschluß auch heute, im Beginn des neuen Jahres, noch nicht erreicht ist. In den entlegensten Welttheilen — in Afrika und Asien — kämpfte man wahrhaft verzweifelt um das Ansehen des englischen Namens und um die Herrschaft über barbarische Völker und mehr als einmal mußte Lord Beaconsfield um das gefährdete Prestige Britanniens zittern, das zum Theil nicht ohne eine gewisse politische Leichtfertigkeit auf's Spiel gesetzt war. Der bereits 1878 begonnene Krieg gegen die Afghanen schien im Februar des verfloffenen Jahres schon ziemlich glücklich beendet: der Friedensschluß von Gandamak, welchen Major Cavagnari am 25. Mai mit Jakob Khan, dem Sohn und Nachfolger des plötzlich gestorbenen Shir Ali, unterzeichnete, hatte die wesentlichen Wünsche Englands, die Berichtigung der afghanischen Grenze und das Recht Englands, Gesandtschaften in Afghanistan zu halten, verbrieft. Da plötzlich, zu Anfang September, kam die Schreckensbotschaft, daß in Kabul eine Empörung ausgebrochen und die gesamte englische Botschaft daselbst ermordet worden sei. Nun gab es kein langes Besinnen. Ein sofortiger Marsch auf Kabul, um die Unthat zu rächen, wurde selbst von der feindseligen Opposition als unerlässlich betrachtet. Die nöthigen Befehle hierzu wurden unverzüglich gegeben, und wenn trotzdem Wochen verstrichen, ehe das englische Heer im Angesichte Kabuls erschien, so fiel die Zögerung lediglich der Ungunst des Klimas und den ungenügenden Transportmitteln zur Last. Wirklich bedeutende Kämpfe hatte General Roberts auf seinem Vormarsch nicht zu bestehen. Am 12. Oktober erfolgte sein Einzug in die Hauptstadt. Jakob Khan wurde nach Indien abgeführt. Nun wiegte man sich in der Hoffnung, der volle Sieg sei errungen, man sei am Ziel aller Wünsche, in Sorglosigkeit — und wurde abermals enttäuscht. Eine neue Erhebung nahm rasch wahrhaft erschreckende Dimensionen an; General Roberts mußte Kabul aufgeben und sich mit seinen Truppen schleunig nach dem befestigten Lager von Schirpur zurückziehen. Tage furchtbarer Angst verstrichen hier, bis die erbetenen Verstärkungen ihn aus der Gefahr der Lage befreiten: die auf 30,000 Mann geschätzten Angreifer wurden vorläufig zurückgeschlagen. Für den Augenblick scheint etwas Ruhe eingekehrt zu sein. Endgültig dürften aber die Verhältnisse in Afghanistan vorerst noch nicht zur Regelung gelangen; vielmehr lassen die noch heute dort herrschenden Wirrnisse auf eine Reihe weiterer Kämpfe zwischen den immer erbitterter sich gegenüberstehenden Gegnern schließen.

Der Krieg gegen die Zulus war nicht weniger reich an Wechselfällen, Aufregungen und Verlusten. Mißachtung des

Feindes, mangelhafte Führung und sträfliche Unvorsichtigkeit kosteten den Engländern hunderte tapferer Soldaten und der Wittve Napoleon's III. den einzigen Sohn. Wie um das Schicksal von General Roberts in Schirpur war man lange um das des Obersten Pearson in Ekowe besorgt. Verstärkungen wurden in aller Eile nachgeschickt, und Anfangs April sah der Oberkommandirende Lord Chelmsford sich wieder in der Lage, zum Angriff überzugehen; Ekowe wurde durch die Schlacht bei Ginghiloma entsetzt. Nachdem er einen zweiten Sieg bei Ulundi erröckten, verließ sich das Zuluheer. Von da ab unterwarf sich ein Häuptling nach dem andern, nur König Cetewayo suchte seine Rettung in der Flucht, bis er am 28. August in Gefangenschaft gerieth und als Staatsgefangener nach der Kapkolonie abgeführt wurde. Für Sir Garnet Wolseley blieb nichts weiter übrig, als mit den Häuptlingen Frieden zu schließen. Die Boers von Transvaal grollen und stemmen sich gegen die Einverleibung aus Leibeskräften — ob mit Erfolg bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist bei Beginn des Jahres auch diese südafrikanische Frage für England als endgültig und befriedigend gelöst nicht zu betrachten.

Die inneren Zustände Englands erweisen sich gleichfalls als keineswegs rosig. Missethaten, Arbeits- und Hungersnoth beunruhigen das Inselreich ebenso sehr, wie die immer mehr anwachsende irisch-agrarische Bewegung. Die letztere namentlich zumal in Verbindung mit den erstgenannten Kalamitäten droht im Jahre 1880 zu einer großen Landesgefahr anzuwachsen und umdüstert den britischen Horizont in geladener unheimlicher Weise. Mag es dem guten Genius Benjamin Disraeli's beschieden sein, dieser in letzter Linie auf Losbreitung Irlands vom britischen Mutterlande gerichteten Bestrebungen Herr und Meister zu bleiben.

C. R.

[Die projektirte Verstärkung der deutschen Armee] hat natürlich überall das öffentliche Interesse lebhaft erregt. Die Kommentare, die wir z. B. in den österreichischen Tagesblättern finden, sind durchweg vorsichtig gehalten, man begegnet weder ungetheilte Billigung noch voller Mißbilligung, weder großer Zuversicht, noch großer Sorge — letzterer überhaupt nicht in Bezug auf Oesterreich-Ungarn, sondern nur in Betreff der offiziös auf der Tagesordnung stehenden europäischen Friedenssära. Die „Presse“ äußert einfach: „Obwohl die projektirte Verstärkung der deutschen Armee zunächst nach keiner Seite etwas Bedrohliches an sich hat, wird, wenn man so sagen will, nur die Friedensbürgschaft verstärkt, welche durch die deutsch-österreichische Entente geschaffen worden ist. Die Motivirung der Vorlage ist denn auch verständlich.“ Auch die englischen Blätter besprechen den Gesetzesentwurf. Die „Times“ erblicken in der Maßregel keine Drohung, noch irgend etwas, was die in jüngster Zeit umlaufenden beunruhigenden Gerüchte bestätigte. Die Nachricht von dem neuen Militärgesetz werde mit großer Gemüthsruhe in Paris aufgenommen werden; die Franzosen würden demselben keine größere Wichtigkeit beilegen, als ihrer eigenen noch in der Schwebe stehenden militärischen Gesetzgebung. — Der „Daily Telegraph“ meint, es würde gänzlich unvernünftig und eine ernste Ungerechtigkeit dem Fürsten Bismarck gegenüber sein, vorauszusetzen, daß ein so praktischer und patriotischer Staatsmann, wie er, seinen Landsleuten solche Bürden auferlegen würde, wenn er nicht von starken Befürchtungen besetzt wäre, daß Europa Verwickelungen entgegengehe, von denen sich fernzuhalten, wie er voraussetzt, für Deutschland unmöglich sein würde. Das englische Blatt hält schließlich eine entsprechende Verstärkung der Heeres- und Flottenmacht des eigenen Landes für nothwendig, damit Großbritannien im geeigneten Augenblick eine gewichtige Stimme in der künftigen Leitung und Regelung der europäischen Angelegenheiten habe. Das alte Sprichwort: „Bereite Dich auf den Krieg vor, wenn Du Frieden haben willst“ habe sich englischer Klugheit und Vernunft niemals treffender empfohlen, als im gegenwärtigen Zeitpunkte.

Deutschland.

+ Berlin, 27. Januar. [Fürst Bismarck. Haber unter den Konservativen. Das Zirkular des abgesetzten Fürstbischofs von Breslau.] Der gestern plötzlich hier angekommene Reichskanzler war von Dr. Struck, dem in letzter Zeit vielermähnten Direktor des Gesundheitsamtes, begleitet. Der Fürst sah bei seiner Ankunft auf dem Stettiner Bahnhofe blaß aus, aber die Haltung war stramm, der Schritt elastisch. Es heißt, der Kronprinz habe gewünscht, vor seiner Abreise nach Italien sich mit dem Fürsten Bismarck auszusprechen. Was hieran wahr, lassen wir dahingestellt. Im Abgeordnetenhaus wird der Fürst nicht erscheinen. — Bekanntlich liegen die „Kreuzzeitung“ und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in heftiger Fehde über die Frage, wie sich die konservative Partei zur Regierung zu verhalten habe, ob sie rein gubernamental oder selbstständig sein müsse. Jetzt gerathen auch „Post“ und

„Kreuzzeitung“ hinter einander, weil das konservative Organ den Freikonservativen vorgeworfen hat, daß sie an dem Scheitern des Schansteuergesetzes die Schuld tragen. Die „Post“ giebt heute in sehr heftiger Weise den „echten Konservativen“ den Vorwurf zurück. Es herrscht also nichts weniger als Eintracht und Gehobtheit im Lager der konservativen Fraktionen. — Der Erlaß des Kultusministers an die Regierungen, wonach die katholischen Geistlichen den Religions-Unterricht in den Volksschulen wieder selbst erteilen dürfen, hat auch den abgesetzten früheren Fürstbischof Heinrich von Breslau in seiner Selbstverbanung auf Schloß Johannesberg veranlaßt, wieder ein Lebenszeichen von sich zu geben. Er hat an die Geistlichen seiner Diözese ein (von uns bereits im Wortlaut mitgetheiltes, d. Red.) „vertrauliches Zirkular“ gerichtet, welches seinen Weg trotz des vertraulichen Charakters, den es bewahren soll, in die neueste Nummer der „Breslauer Morgen-Zeitung“ gefunden hat. Vor Allem beweist dieses Zirkular, daß die Kirche sich zwar die KonzeSSIONen des Herrn v. Puttkamer wohlgefällig zu Nutze machen will, daß sie aber nach wie vor entschlossen ist, von dem, was sie als ihr „Recht“ in Anspruch nimmt, auch nicht den Punkt über dem i fahren zu lassen. Für den Staat ist es wahrlich recht beschämend, sehen zu müssen, wie die Nachgiebigkeit des Ministers in dieser Weise mit kühlster Zurückhaltung und mißtrauischer Ueberwachung der Grenzen, die die Kirche sich selbst gesteckt hat, aufgenommen wird. Aus diesem „vertraulichen Rundschreiben“ ist zunächst ersichtlich, daß der Klerus der Provinz Schlesien unter hartnäckiger Verhöhnung der Staatsgesetze nach wie vor von einem staatlich abgesetzten Seelenhirten Befehle empfängt und annimmt. Selbst der versöhnliche Schritt des Kultusministers erhält nur praktische Bedeutung, wenn er vorher die Gutheißung des landesflüchtigen, abgesetzten, unrechtmäßigen Bischofs sich anmaßenden ehemaligen Fürstbischofs zu erlangen im Stande war. Jedenfalls ein Zustand, der im Rechtsstaate Preußen als ein bisher ziemlich unerhörtes Verhältniß gekennzeichnet zu werden verdient. Im Uebrigen darf man sich nicht verhehlen, daß mit den Instruktionen, welche dies vertrauliche Rundschreiben an die katholische Geistlichkeit enthält, dem freien Ermeßsen der Kleriker so weite Grenzen gezogen sind, daß damit thatsächlich der erste Schritt zu einem modus vivendi gefunden und gethan ist. Daraus wird aber auch klar, daß man im Vatikan den Wink des scheinbar so räthselhaften Artikels der Provinzial-Korrespondenz an die Adresse der päpstlichen „Kurie“ verstanden hat und daß nun von der Kurie an die betreffenden Bischöfe Weisungen ergingen, welche dieselben veranlaßten, die Instanz, die im politischen Leben des preussischen Staates ein Erlaß des Kultusministers bildet, fürderhin nicht mehr unbeachtet zu lassen. Der ehemalige Fürstbischof Heinrich hat sich diesem modus vivendi, wie ihn Herr von Puttkamer angeboten, als Erster erbequemt; kein Zweifel, daß seine übrigen abgesetzten oder noch im Amte befindlichen Kollegen ihm baldigst nachfolgen werden, wenn auch das Zentrum von dieser Nachgiebigkeit des Vatikans nicht allzusehr erbaut sein mag.

□ **Breslau, 27. Januar.** (Von fortschrittlicher Seite eingesandt.) [Volksschulwesen. Abgeordnetenhaus. Reichsmilitärgezet.] Der Fürst Pleß hat gestern im Herrenhause eine geharnischte Rede, namentlich gegen Birchow gehalten, wobei es ihm passiert ist, daß er auch alle Angriffe, die der Sache galten, persönlich genommen hat. Es mag ja sein, daß Fürst Pleß für die Volksschulen seiner Herrschaftsbörser weit mehr thut, als wozu er gesetzlich — als protestantischer Grundherr in einem fast zu 90 Prozent katholischen Kreise verpflichtet ist. Aber daß bei der Verpflichtung zu Schul-

beitragen die Konfession des Grundherrn entscheidet, ist eben eine ganz verwerfliche, dem Institut der Volksschule als Staatsanstalt widerstrebende Gesetzesbestimmung, die durch ein Unterrichtsgesetz, welches an dem Widerstreben der Konservativen scheitert, längst beseitigt werden mußte. Ferner wird auch von unbefangenen Konservativen nicht mehr geleugnet, daß eine verständige Ordnung der Schullast und damit eine bedeutende Verbesserung des Schulwesens gar nicht möglich ist ohne Landgemeindeordnung, durch welche ländliche Schulverbände aus jetzigen Gutsbezirken und Landgemeinden entstehen müssen. Wie einseitig die Anschauungen des Fürsten Pleß selbst sind, ergibt sich aus der Thatsache, daß er für seine Person den Nothstand in den landwirthschaftlichen Distrikten hauptsächlich der „unwirthschaftlichen Parzellirung“ des bäuerlichen Grundeigentums und der Aufhebung der Eisenzölle zur Last legt, — ein Novum in den Nothstandsdebatten. Interessant ist ferner, von einem der größten Waldbesitzer Oberschlesiens, denen ja vorzugsweise mit den Holzjollen aufgeholfen werden sollte, zu vernehmen, daß in seinen Waldbungen aus Mangel an Arbeitskräften jährlich 30,000 Quadrat-Meter Kiefernholz verfaulen. Ist dies nicht ein Beweis, daß die Befähigung, große Besitzungen zum eigenen und gemeinen Nutzen zu bewirthschaften, sich leider nicht mit den Fideikommissen vererbt? Dem Fürsten steht notorisch im ganzen Fürstenthum das Bergwerksregal zu; es wird Niemand leugnen können, daß, wenn dies nicht der Fall wäre, die Zahl der Gruben weit größer wäre. Da nun in den Industriezentren, wie Fürst Pleß selbst erklärt, kein Nothstand herrscht, so hatte der Abg. Löwe wohl kaum Unrecht, wenn er meinte, daß — nicht der böse Wille des Besitzers — sondern das Fideikommiss des nach jedem geographischen Buche „einen großen Theil des Kreises Pleß“ umfassenden Fürstenthums Pleß ein Hinderniß ist für das Aufblühen einer zur Beseitigung des Nothstandes nützlichen Industrie. In seinem Verhältniß zur Schule kann der Großgrundbesitz überhaupt sich nicht gerade groß rühmen. Die Zählung vom 1. Dezember 1871 ergab, daß fast durchweg in den „Gutsbezirken“ die Zahl der Analphabeten, also derer, die nicht lesen und schreiben können, nicht bloß weit größer als in den Städten, sondern auch größer als in den Landgemeinden war. So waren unter 100 Personen über zehn Jahr alt z. B. im Kreise Pleß in den Städten 30, in den Landgemeinden 40, in den Gutsbezirken 42 Analphabeten, im Kreise Ratibor in den Städten 11, in Landgemeinden 27, in Gutsbezirken 32; im Kreise Rosel in den Städten 12, in Landgemeinden 28, in Gutsbezirken 36, wogegen sich die gleichen Verhältniszahlen herausstellten im Regierungsbezirk Köslin auf 9, 13, 23, — im Regierungsbezirk Straßund auf 10, 18 und 21, im Regierungsbezirk Potsdam auf 3, 6, 11, während in Berlin unter 100 mehr als 10 jährigen nur 2,0 bis 2,1 und im Regierungsbezirk Wiesbaden in den Städten nur 1,3, in den Landgemeinden nur 1,8 Analphabeten waren. — Die sensationelle Neuigkeit des Parlamentarismus ist heute das Ergebnis der Verathungen der Verwaltungsgesetz-Kommission über die Frage der Verbeibaltung der selbstständigen Bezirksverwaltungsgerichte. Mit 12 gegen 8 Stimmen (der freikonservative Landrath Bitter-Waldburg fehlte) wurde auf Antrag Bennigsen's gestern Abend die Beseitigung der selbstständigen Bezirks-Verwaltungsgerichte, Vereinigung derselben mit dem Bezirksrath, Vereinigung also der Verwaltung mit der Verwaltungsjustiz beschlossen, obgleich der Minister Graf Eulenburg gegen diese Verschlechterung auf das Allerheftigste plaidirte. Bei diesem wichtigen Beschlusse war die Majorität zusammengesetzt aus 4 Konservativen, 2 Nationalliberalen (außer Bennigsen der Landrath Knebel), 2 Freikonservativen, 3 Centrumsmännern und einem

Polen; die — ministerielle liberale Minderheit aus einem Konservativen (v. Liebermann), zwei Klerikalen, drei Nationalliberalen (Gneist, Ridert, v. Benda) und den beiden fortschrittlichen Mitgliedern Bender und Zelle. Endlich nach 5 tägigen Debatten ist im Abgeordnetenhaus die zweite Verathung des Feld- und Forstpolizeigesetzes beendet. Der Beeren- und Pilz-Paragraph ist ziemlich abgeschwächt, aber sonst sind nach der Meinung der Opponenten noch so viele haarsträubende Bevorzugungen der Waldbesitzer im Gesetz, daß auch die dritte Verathung noch mehrere Sitzungen erfahren könnte. Nach alledem ist es immer noch recht zweifelhaft, ob der Reichskanzler sein Verlangen nach diesem Gesetze wird in dieser Session befriedigen können. Seine frühzeitige Rückkehr nach Berlin macht es wahrscheinlich, daß er für die neueste Militär-Gesetzesvorlage ein Kompromiß mit den Nationalliberalen oder mit dem Zentrum vorbereitet. Bleibt das Zentrum in der Opposition, so können 30 Mann Nationalliberale linken Flügels die Entscheidung geben. Dann würde der Einfluß von Forkenbeck und Lasker doch nicht zu unterschätzen sein.

Breslau, 24. Jan. Offiziös wird geschrieben: Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Anzeige der in Fabriken und ähnlichen Betrieben vorkommenden Unfälle vorgelegt worden. Derselbe bezweckt die gesetzliche Verpflichtung der Gewerbeunternehmer, die in ihren Betrieben vorkommenden Unfälle anzuzeigen, da ohne eine solche Anzeigepflicht nur ein geringer Bruchtheil selbst der erheblichen Unfälle zur Kenntniß der Behörden gelangt. — Der Etat der Reichsschuld für 1880/81 befreit die fortbauenden Ausgaben auf 900,250 M., 520,000 M. mehr als im Vorjahr; dagegen kommen die in diesjährigen Etat befindlichen 2,400,000 M. zur Verzinsung der Mittel, welche behufs der Beschaffung eines Betriebsfonds zur Durchführung der Münzreform aufgenommen worden, in Wegfall. Die einmaligen Ausgaben betragen 128,500 M. als Kosten für die Herstellung neuer, an Stelle der jetzt umlaufenden auszugebenden Reichsausschneide. In den Erläuterungen wird hierzu bemerkt: „In Folge des wiederholten konstatirten Vorkommens nachgemachter Reichsausschneide soll mit der Einziehung der jetzigen Emmissionen und der Ausfertigung von Scheinen mit neuen Zeichnungen unter Anwendung des Wilkorschen Pflanzensaft-Papiers, welches nach den in Nordamerika gemachten Erfahrungen wirksamsten Schutz gegen Fälschungen gewährt, vorgegangen werden. Bei dieser Gelegenheit soll auch eine vollkommenere Ausstattung der neuen Reichsausschneide in künstlerischer Hinsicht stattfinden. Zu diesem Zweck ist die Veranstaltung einer beschränkten Preisbewerbung von mehreren hervorragenden deutschen Künstlern ins Auge gefaßt. Es erscheint nothwendig, durch den Etat für 1880/81 für die Bereitstellung der Bedingungsmitel zu den durch diese Preisbewerbung erwachsenden Ausgaben und zu den Kosten für Anfertigung des neu zu beschaffenden Pflanzensaft-Papiers Vorzüge zu treffen. Kosten für den Druck der neuen Reichsausschneide werden dagegen voraussichtlich erst im Etatsjahre 1881—82 zur Zahlung gelangen. Der Etat für das Reichsausschneide weist auf Einnahmen 24,993 Mark, gegen 12,000 Mark im Vorjahr, auf, an fortbauenden Ausgaben 43,785,646 Mark gegen 2,929,216 Mark im Vorjahre. Das Mehr von 40,856,430 Mark kommt vorzugsweise, nämlich mit einem Betrage von 40,624,500 Mark auf Rechnung der aus dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer nach § 8 des Gesetzes vom 15. Juli 1879 an die Bundesstaaten zu machenden Ueberweisungen. Die einmaligen Ausgaben betragen 3,831,760 M., 1,542,513 Mark mehr als im Vorjahre, nämlich als letzte Rate für die St. Gotthardbahn 3,181,760 M. gegen 1,187,747 M. im Vorjahre, als Beitrag zu den Kosten der Errichtung des Allgemeinen Kollegienhauses zu Straßburg, dritte Rate, 500,000 M. und als Beihilfe zur Vollenbung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald als erste Rate 150,000 M. Was den letzteren Posten betrifft, so hatte befanntlich der Reichstag in seiner Sitzung vom 26. Juni v. J. beschlossen, die Petition um Bewilligung der noch erforderlichen Geldmittel bis zum Betrage von 400,000 M. dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Der zur Vollenbung des Denkmals noch erforderliche Betrag beläuft sich unter Zugrundelegung der Anschlagssumme von 1,108,414 M. auf 397,973 M. und 400,000 M., von denen je 150,000 M. für die Etatsjahre 1880/81 und 1881/82 und 100,000 Mark für das Etatsjahr 1882/83 zur Verfügung zu stellen sein würden. Die letzte Rate ist um den Betrag der etwa noch eingehenden Beiträge u. s. w., sowie der aus dem Verfaule von Materialien u. s. w. zu erwartenden

Ein Vortrag über die Experimente des Magnetiseurs Hansen.

Breslau, 25. Januar.

In der am Freitag Abend, den 23. d. M., abgehaltenen Monatsversammlung des Humboldt-Vereins hielt Dr. med. Grünner, Privatdocent für Physiologie an hiesiger Universität, einen interessanten Vortrag über die Vorstellungen des Magnetiseurs Hansen, die in letzter Zeit bedeutendes Aufsehen erregten. Im Anschluß an einen früheren Vortrag über thierischen Magnetismus hob Redner zunächst hervor, daß, obwohl der thierische Magnetismus nicht gerade zu den Lichtseiten der Naturwissenschaften gerechnet werden könne, dennoch aus der großen Summe von beabsichtigten und unbeabsichtigten Täuschungen eine Reihe von Wahrheiten in die Wissenschaft herübergenommen werden mußte. Zu dieser Reihe von Wahrheiten gehöre die Thatsache, daß das Anstarren eines glänzenden Gegenstandes, wie dies Mesmer zuerst versuchte, bei vielen Leuten einen wunderbaren, schlafähnlichen Zustand hervorrufe. Diese Versuche wurden im Jahre 1841 weiter verfolgt von dem Engländer Braid. Derselbe hatte in seiner Heimath den Vorstellungen des Magnetiseurs La Fontaine beigewohnt und ahmte dieselben in der Weise nach, daß er einen glänzenden Knopf anfertigen ließ, welchen die zu den Versuchen benutzten Personen längere Zeit anstarren mußten. In einer großen, von etwa 800 Personen besuchten Versammlung modifizirte Braid den Versuch in der Weise, daß er die Versammelten an Stelle des Knopfes die Stücke an den Decken längere Zeit anschauen ließ, wobei eine Anzahl Personen in einen schlafähnlichen Zustand gerieth. Braid gab an, die Leute seien unfähig gewesen, sich zu bewegen, und hätten ihr Bewußtsein ganz oder theilweise verloren. Eine zweite, auf gesicherter Basis stehende Wahrheit, die sich aus den Mesmer'schen Experimenten ergeben habe, sei die gewesen, daß eine gelinde, ausreichend häufige Reizung der Haut, wie sie Mesmer durch das Streichen der Patienten bewirkt habe, auf das Empfinden und Wollen einzelner Individuen von Einfluß sein könne. Es sei eine interessante Thatsache, die von Charcot an Gelähmten zuerst beobachtet worden, daß Individuen, die an einem Körpertheile, z. B. am Arme, der Bewegung und Empfindung beraubt seien, Gefühl

an bestimmten Stellen der gelähmten Theile wiederbekämen, wenn ihnen ein Stück Metall, vielleicht ein Geldstück, aufgelegt würde. Die vorher unempfindliche Stelle werde empfindlich durch das Auflegen, die entsprechende andersseitige dagegen unempfindlich. Es würde also gewissermaßen die Empfindlichkeit von der gesunden auf die kranke Seite transferirt. Zur weiteren Illustration dieser Wirkung des Metalles erwähnt der Vortragende eine andere Thatsache, die von ihm selbst genau beobachtet worden sei. Einem kleinen Hunde im Alter von einem halben Jahre sei von ihm eine metallene Halskette umgelegt worden. Bald darauf sei das Thier scheinbar krank geworden und habe den Eindruck gemacht, als sei es gelähmt, es habe sich nicht von der Stelle bewegt und überhaupt keine Handlung vollführt, zu der eine Willensaktion nöthig gewesen sei; die Treppe herunterzugehen habe der Hund nicht gewagt, sondern fest in seinem Korbe gesessen und gewinselt, wenn Jemand, den er kannte, zu ihm kam, während er vordem munter gewesen und seinem Herrn entgegengeprungen sei. Nachdem darauf das Thier von der Kette befreit worden, sei es wie umgewandelt gewesen. Diese Thatsache beweise deutlich, daß gewisse gelinde Reize, welche die Haut treffen, auf den Willen eines lebenden Wesens von Einfluß sein können. Eine weitere Förderung, so führt Redner aus, habe die Sache erfahren durch den vor einigen Jahren verstorbenen Professor Czermak in Leipzig, welcher eine Reihe von Versuchen über den Hypnotismus anstellte. Dieser Zustand wurde von Czermak an Hühnern, schwieriger an Tauben, ziemlich leicht an anderen kleinen Vögeln hervorgebracht. Schon im Jahre 1646, bemerkt der Vortragende, seien von einem gelehrten Jesuiten, dem Pater Athanasius Kircher, solche Versuche gemacht und namentlich einer, der an einem Hahne vorgenommen, besonders beschrieben worden. Wenn man ein Huhn, so schreibt Kircher, an den Füßen fessele, es nach einiger Zeit der Fessel entledge, darauf festhalte und ihm einen Strich mit Kreide quer vor dem Schnabel auf den Boden mache, so bleibe es auf der Erde liegen und könne sich nicht vom Plage erheben. Dieses Experiment sei auch von Czermak zum Ausgangspunkte seiner Versuche gewählt worden. Der genannte Forscher hypnotisirte eine Reihe von Thieren, namentlich auch Krebse, die sich im hypnotisirten Zustande außerordentlich komisch ausnahmen; dieselben wurden auf den Kopf gestellt

und blieben auch nach bestimmten Manipulationen, wie Streichen u., in der gegebenen Lage stehen. Von Preyer in Jena wurden Kaninchen und Meerschweinchen hypnotisirt, Heubel untersuchte Frösche und fand, daß dieselben sehr leicht in den hypnotisirten Zustand übergeführt werden konnten, wenn man sie auf den Rücken legte und alle äußeren Reize von ihnen abhalte. Es sei auch nicht unwahrscheinlich, daß gewisse Schlangengattungen durch einen Druck auf die Ohrgegend in eine Erstarrung gebracht werden können und daß hierauf das Wunder von der Verwandlung der Schlangen in Stäbe zurückgeführt werden könnte. Preyer habe den Zustand des Hypnotismus als eine Art Schrecklähmung gedeutet, das sei indeß nicht richtig. Aus den gemachten Thierversuchen ergebe sich ferner die Thatsache, daß der Hypnotismus leichter einzutreten pflege, wenn die Thiere etwas fixiren müssen, z. B. die Hand des Experimentators; Czermak fand auch bei seinen Versuchen, daß der Kreidestrich nicht nothwendig sei, sondern daß man einem Hühne ein Reiterchen von Draht auf den Schnabel setzen könne, das denselben Effekt hervorbringe; die italienischen Hühnerverkäufer sollen ihre Hühner in ähnlicher Weise zur Ruhe bringen. Ein weiteres Ergebnis der Versuche an den Thieren sei das gewesen, daß die Thiere in jeder beliebigen wunderbaren Stellung liegen bleiben. Man könne ihnen das Bein nach hinten strecken, die Flügel ausbreiten, die Thiere blieben ruhig in diesen Stellungen liegen.

Von den mit Thieren vorgenommenen Experimenten zu denen am Menschen übergehend, bemerkt Redner, es sei ohne Frage, derselbe Zustand, den man beim Thiere als Hypnotismus bezeichne, in derselben Weise auch beim Menschen hervorzubringen. Schon der oben erwähnte Kircher spreche sich in seinem Buche dahin aus, überlasse aber die weitere Forschung den neugierigen Lesern. Wenn man vielfach von thierischem Magnetismus und seinem Einflusse auf den Menschen spreche, so sei Redner weit entfernt, daran zu denken, an einen thierischen Magnetismus zu glauben und sich eine Kraft darunter vorzustellen, ähnlich derjenigen, welche Eisen an Eisen ziehe. Grade wie das menschliche Gehirn viel höher organisiert sei als das thierische, so seien auch die Erscheinungen, die man beim Menschen im Zustande des Hypnotismus beobachtet, viel komplizirter als die an Thieren. So hätten die Sachen bis vor Kurzem gestanden. Da sei in die breslauer Gesellschaft durch das Auf-

Rücknahmen zu ermäßigen, sofern eine anderweitige Verwendung dieser Einnahmen nicht erforderlich werden sollte. Die einzelnen Raten werden dem geschäftsführenden Ausschusse des Denkmal-Comités unter der Bedingung zu überweisen sein, daß demnachst der Nachweis der stattgehabten Verwendung für die Errichtung des Denkmals innerhalb der programmatischen Grenzen der Reichsverwaltung gegenüber geführt wird.

— [Agitation und Opposition.] Aus liberalen Kreisen schreibt man der „Tribüne“ unter dem vorstehenden Titel:

„Man blickt mit einiger Spannung auf die Dimensionen und Resultate der Agitation, welche die Führer der Fortschrittspartei gegen den neuen Militär-Gesetzentwurf vorbereiten. Daß weder der Reichstag noch die Reichsregierung sich durch diese Rundreibungen wird beeinflussen lassen, ist für Niemand zweifelhaft, neugierig ist man nur darauf, welchen Verlauf die Anregung nehmen und welche Aufnahme sie namentlich bei der sozialdemokratischen Partei finden wird. In dieser Beziehung wird man nicht vergessen dürfen, daß der schroffe Gegensatz, der zwischen den Fortschrittler und Sozialdemokraten herrscht, sich zum großen Theil aus der Haltung der Fortschrittspartei in der Militärfrage herleitet. Die Fortschrittler wollen ein starkes und wohlgeordnetes Heer, nur soll dasselbe in den Dienst ihrer politischen Theorie gestellt werden, ganz abgesehen davon, daß sie in demselben auch eine Garantie gegen die Umwälzungen der Sozialdemokratie erkennen. Die letztere dagegen will überhaupt kein stehendes Heer, das ein Haupthinderniß für ihre Pläne bildet; ob zwei- oder dreijährige Dienstzeit, ist den Sozialdemokraten ganz gleichgültig, ja man kann behaupten, daß die zweijährige Dienstzeit unter gleichzeitiger Veranziehung einer größeren Anzahl der Wehrpflichtigen ihnen um so gefährlicher erscheint, als sie das Heer bedeutend vergrößert; die Annahme oder Ablehnung der Militärvorlage hat also gar kein direktes Interesse für sie. Wenn sie sich gleichwohl an der Agitation betheiligen, so geschieht es nur, um Fortschrittler bei der Masse zu diskreditiren und den Angriffen auf den Militarismus Vorschub zu leisten. Aber selbst in der Fortschrittspartei sind die Meinungen darüber getheilt, in wie weit man den Forderungen der Regierung bezüglich der Vermehrung unserer Wehrkraft nachgeben soll, so daß bei der Agitation weder von einer einheitlichen Leitung, noch von einem gemeinschaftlichen Ziele wird die Rede sein können. Nichtsdestoweniger möchten wir davor warnen, die unbehagliche Stimmung, welche die neue Militärvorlage in weiten Volksschichten hervorgerufen, als etwas relativ gleichgültiges zu betrachten. Die liberale Partei hätte in doppelter Richtung wohl Anlaß, dieser Stimmung entgegenzutreten, ohne das Wohl des Landes zu schädigen: einmal durch eine Beschränkung der Mehrforderungen der Regierung auf das absolut Nothwendige und sodann durch die endliche Reform des Strafverfahrens in Militärsachen. Gerade auf das letztere legt die öffentliche Meinung das größte Gewicht und keine Gelegenheit wäre günstiger, diese Forderung zur Geltung zu bringen, als die bevorstehende Verathung des neuen Militärgesetzentwurfs.“

— Der § 10 der Novelle zum Reichsmilitär-gesetz enthält die neue Bestimmung, daß der Eintritt zum drei- oder vierjährig-freiwilligen Dienst der Militärpflichtigen durch die Ersatzbehörden gestattet werden kann, und der § 12 der Novelle enthält den Zusatz, daß jeder Militärpflichtige in dem Aushebungsbezirke, in welchem er seinen dauernden Aufenthaltsort oder, in Ermangelung eines solchen, seinen Wohnsitz hat, gestellungspflichtig ist, „sofern er nicht die Erlaubniß zum freiwilligen Eintritt in den Heeresdienst erhalten hat.“ Hierzu äußern sich die Motive des Entwurfs:

„Die vorgeschlagenen Zusätze entsprechen einem in der Praxis hervorgetretenen Bedürfnisse; sie bezwecken nur die Erweiterung des Ausdrucks „Aushebung“ und im Wesentlichen die Wiederherstellung desjenigen Verfahrens, welches bis zum Erlaß des Reichsmilitärgesetzes nach Maßgabe der aufgehobenen Militär-Erlassinstruktion vom 26. März 1868 in Gültigkeit war. Denjenigen Mannschaften, welche vor dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem sie das 20. Lebensjahr vollenden, wegen unvollkommener Körperhaltbarkeit oder aus anderen Gründen nicht freiwillig eingetreten sind, soll der freiwillige Eintritt auch nach jenem Zeitpunkte gestattet werden können. Es wird denselben hierdurch eine wesentliche Erleichterung ihrer aktiven Dienstpflicht insofern zu Theil, als sie den Truppentheil sich wählen dürfen. Das militärische Interesse wird gleichfalls gefördert, indem die Betreffenden bei dem selbstgewählten Truppentheil zum Abschluß von Kapitulationen in häufigeren Fällen bereit sein werden. Andererseits wird eine Er-

höhung des jährlichen Rekruten-Kontingents hierdurch nicht bedingt, die Zahl der von den Truppentheilen angenommenen Freiwilligen kommt auf dieses Kontingent in Anrechnung und wird auch den betreffenden Aushebungsbezirken in Rechnung gestellt.“

— In der gestrigen Abend Sitzung der Eisenbahnkommission erhielt nach Verlesung des Protokolls zunächst der Referent für die Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahn Dr. Grimm das Wort, um aus dem Statut der Braunschweiger Bahn und den anderen bezüglichen Akten, insbesondere dem preussisch-braunschweigischen Staatsvertrage von 1870, das Verhältnis des braunschweigischen Staats zur Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft resp. zum preussischen Staat, wenn dieser Rechtsnachfolger der genannten Gesellschaft wird, zu erläutern. Er ist der Ansicht, daß die Rechte, die sich der braunschweigische Staat vorbehalten, nicht über die Oberaufsichtsrechte gingen, die sich der preussische Staat überall vorbehalten. Wenn die Auffassung, daß der braunschweigische Staat ein Einspruchsrecht habe (was er nicht anerkenne), die richtige sei, so frage sich, was werde es für einen Erfolg haben können, wenn von diesem Einspruchsrecht Gebrauch gemacht werde, und da müsse er sagen, daß eine Gefahr für Preußen durchaus nicht erwache, da im schlimmsten Falle bei Auflösung der Potsdam-Magdeburger Gesellschaft Art. 245 des Handels-gesetzbuches Platz greife. Von den Rechten, die sich die braunschweigische Regierung vorbehalten, so hebt ein Mitglied hervor, seien allerdings belastend das Recht auf Limitirung der Tarife und das Recht, den Bau der Linie Braunschweig-Debsfelde zu verlangen, also einer Linie, welche nicht im preussischen Interesse liegt. Dagegen sei es unzweifelhaft, daß eine Genehmigung der braunschweigischen Regierung zu dem beabsichtigten Geschäft nicht erforderlich sei. Werde auch das Geschäft durch die bezeichneten Verpflichtungen ein weniger günstiges; so doch noch nicht in dem Maße, daß daraus ein Grund zur Ablehnung desselben entnommen werden könne. Bei der schließlichen Abstimmung über den Vertrag mit Berlin-Potsdam-Magdeburger ergeben sich 13 Stimmen für, 6 gegen. Eine von einem Mitgliede vorgeschlagene Resolution findet nicht die nöthige Unterstützung. Die Kommission lehrt nun zur Verathung der Gesetzentwürfe, die in den §§ 1 und 2 definitiv genehmigt ist, zurück. Zu § 3 liegt ein Antrag vor, der den Zweck hat, zu vermeiden, daß die Heeresfonds für den Bau von Sekundärbahnen in Anspruch genommen werden, bezw. bei den Interessenten die Idee aufkomme, daß wieder größere Mittel für diesen Zweck verfügbar seien. Diese Resolution wird jedoch heftig bekämpft, und bei der Abstimmung mit großer Majorität abgelehnt. Die §§ 3 und 4 werden angenommen. Bei § 5 wird von einem Mitgliede bemerkt, daß mit der Kündigung der hochprozentigen Prioritäten von Köln-Minden und Berlin-Stettin auch die Kündigung der 4prozentigen Prioritäten hätte stattfinden sollen, diese Ansicht wird aber sowohl aus der Kommission wie von den Regierungskommissaren als entschieden irrig, weder im Interesse der Staatsfinanzen noch des Publikums liegend, bekämpft. Die §§ 5 bis 7 werden ohne Diskussion angenommen. Zu § 8 wird ein Zusatz beantragt, der die Staatsregierung verpflichtet, zur Zustimmung zu Anträgen in den Generalversammlungen der Braunschweiger Gesellschaft, welche Erhöhungen des Grundkapitals resp. Anleihekapitals bezwecken, die Einwilligungen des Landtages einzuholen. Dieser Antrag, wie auch die übrigen Paragraphen und das ganze Gesetz, werden mit großer Majorität angenommen.

— In der gestrigen Sitzung der Verwaltungsgesetzkommission wurde die Diskussion über die Frage der Vereinigung des Bezirksraths und des Verwaltungsgerichts in einer mehrstündigen Verhandlung fortgesetzt. Es lagen zwei Anträge vor, welche den Zweck hatten, zunächst eine prinzipielle Stellung der Kommission über die Frage herbeizuführen. Der erste war vom Abg. v. Bennigsen eingebracht und lautete: „1. Bezirksverwaltungsgericht und Bezirksrath werden vereinigt (Name etwa Bezirksausschuß). 2. Die Befugung der Behörde erfolgt durch einen höheren Verwaltungsbeamten auf die Dauer seines Hauptamtes am Orte der Bezirksregierung, mit einem dauernd angestellten Mitgliede, welches die Befugung zum Richteramt besitzt, resp. drei Stellvertretern und mit drei vom Provinzial-Ausschusse (oder Provinziallandtage) gewählten Bezirksangehörigen resp. deren Stellvertretern. 3. Die Unterscheidung zwischen Streit-sachen und Beschlüssen im Kompetenzgesetz bleibt bestehen. 4. Das Verfahren bleibt für Streit-sachen und Beschlüssen verschieden geordnet. 5. Die Berufung in Beschlüssen geht an den Provinzial-rath, in Streit-sachen an das Obergerichtsgericht.“ Vom Abg. v. Benda war der Vermittlungsantrag eingebracht, die beiden Kollegien zwar einheitlich zu gestalten, jedoch in besonderen Abtheilungen die Beschlüssen und die Streit-sachen zu entscheiden und in letzterer dem Verwaltungsgeschäftsdirektor den Vorsitz zu übertragen. Der Herr Minister des Innern Graf Eulenburg sowohl als auch die Geh. Ober-Regierungsräthe Wohlers und v. Brauchitsch traten mehrmals für

nächst das Auge, an welchem sich die ersten Erscheinungen am klarsten und deutlichsten zeigten, so ergebe sich die nicht unwichtige Thatsache, daß der Hypnotisirte kurzzeitig werde. Halte man z. B. der Person ein Zeitungsblatt vor die Augen und fordere sie auf, die Schrift zu lesen, und entferne man sich dann allmählich mit der Schrift vom Auge des Betreffenden, so wird sie, nachdem sie in Hypnose verfallen ist, die Schrift nur auf einen Fuß Entfernung lesen können, während sie es vorher vielleicht auf drei Fuß zu lesen im Stande war. Dieser Zustand verschlechtert also das Sehen und lasse die Gegenstände verschwommen erscheinen. Es sei, bemerkt der Vortragende, nicht unwahrscheinlich, daß dieser Umstand etwas zur Täuschung des Hypnotisirten über seine Umgebung beizutragen vermöge. Beim Offenstehen des Auges sei ferner die Pupille erweitert, das Auge trete heraus, das Augenlid werde ein wenig nach oben gehoben; der Gesichtsausdruck gewinne etwas Unheimliches, nebenbei bemerkt, ein Aussehen, wie man es durch die Reizung des nervus sympathicus künstlich erzeugen könne. Was die Muskulatur des Auges anlangt, so ergebe sich, daß die Augenschließmuskeln, wenn sie in Thätigkeit waren, sich im starren Zustande befinden. Das erste und am leichtesten zu erzeugende Symptom bei einer hypnotisirten Person sei demnach, die Augen schließen zu lassen, so daß sie nachher nicht mehr willkürlich geöffnet werden könnten. Ganz wie die Muskeln des Auges würden auch die übrigen Gesichtsmuskeln starr; es werde von den hypnotisirten Personen ein eigenthümlich ziehendes Gefühl in dem Gesichte angegeben, welches auch dem Experimentator nicht unbemerkt bleibe. Das Gesicht werde starr und todtähnlich, weil es in der Ruhe bleibe, in die es gekommen ist; die Farbe des Gesichtes sei entweder blaß oder geröthet. An die Gesichtsmuskeln, die den mimischen Ausdruck bedingen, seien die Muskeln des Kopfes, in so weit sie im Kiefer vertreten sind, anzuschließen. Lasse man den Kiefer schließen und mache in bestimmter Weise Striche mit der Hand über denselben, so könne er nicht mehr geöffnet werden; dies gelte auch von sämtlichen Muskeln des Körpers, wenn sie in passender Weise behandelt würden; so werde z. B. der Arm leicht in dauernde Spannung versetzt, wenn ihm vorher eine gewisse Spannung ertheilt worden sei; eben so vermöge eine Person, welcher die Muskeln des Beines in diesen Zustand der Spannung versetzt worden seien, bei aller Anstren-

Aufrechterhaltung der bisherigen Trennung des Bezirksraths und des Verwaltungsgerichts ein. Der Herr Minister insbesondere empfahl dringend, die dem Volke lieb gewordene und bewährte Einrichtung der Verwaltungsgerichte nicht ohne zwingende Gründe aufzuheben. Eine Vereinigung werde durch die Vereinigung nicht herbeigeführt. Bei der Abstimmung wurde der Antrag v. Benda mit 16 gegen 4 Stimmen abgelehnt, der Antrag v. Bennigsen mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen (dagegen stimmten 2 Mitglieder des Zentrums, 3 National-liberale, 2 Mitglieder der Fortschrittspartei und 1 Konservativer). Die Kommission hat den Antrag v. Bennigsen mit dem Vorbehalt angenommen, in zweiter Lesung auf die Regierungsvorlage wieder zurückzugehen.

— Die der Centrumpartei angehörigen Wahlmänner des Rheingau-Kreises bei der letzten Landtagswahl hatten in einer an das Abgeordnetenhaus gerichteten Petition die Lostrennung des Kreises Meisenheim von dem 6. Nassauischen Wahlkreis beantragt, da dieser Kreis zu einer anderen Provinz gehöre, als der Rheingaukreis, und dessen Zuteilung zu einem Nassauischen Wahlkreise nicht gerechtfertigt erscheine. Ueber die Petition wurde in den Sitzungen der Petitionskommission vom 22. und 24. d. M. unter Zuziehung des Landraths Magdeburg als Regierungskommissar, der sich Namens des Ministers des Innern gegen die Petition aussprach, verhandelt. Der Referent, Abg. Dr. Lieber, hatte sich im Sinne der Petenten ausgesprochen und zur Begründung der Petition noch weiter hervorgehoben, daß durch die Zusammenlegung der beiden Kreise eine sehr große, der Centrumpartei angehörige Minorität der Wähler des Rheingaukreises majorisirt werde. Er hatte folgenden Antrag gestellt: die Petition der R. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, zugleich dieselbe zur Erwägung zu veranlassen, ob nicht der Kreis Meisenheim zum vierten Wahlkreise des Regierungs-Bezirks Trier geschlagen werden solle. Der Korreferent, Abg. Dr. Thilenius, stellte dagegen folgenden Antrag: Ungeachtet zur Verhandlung im Plenum, da die Befürwortung einer so einseitigen Veränderung wie die Abtrennung des Kreises Meisenheim vom 6. Nassauischen Wahlkreise auf Grund einer Petition, welcher sich die eigentlich Betheiligten nicht angeschlossen haben, unthunlich erscheint. Der Abgeordnete des Wahlkreises, Schleicher, trat den Ausführungen des Referenten entgegen und empfahl den Antrag des Korreferenten der Kommission zur Annahme. Nachdem zunächst die angeregte Vorfrage dahin entschieden war, daß es unzulässig sei, bei Beurtheilung der Petition auf die Umstände Rücksicht zu nehmen, welche nicht in der Petition angegeben, aber von dem Referenten angeführt seien, wurde der Antrag des Referenten mit 15 gegen 7 Stimmen abgelehnt und mit dem gleichen Stimmverhältnisse der Antrag des Korreferenten von der Kommission angenommen.

— Zu der Frage der Bezirksverwaltungsgerichte bemerkt die „N. Ztg.“:

„Daß die Geschäfte des Bezirksraths und des Bezirksverwaltungsgerichts zu umfangreich sind, um von einem eigenen Kollegium wahrgenommen werden zu können, ist ohne Widerspruch von den verschiedensten Seiten angeführt worden. Es müßte eine solche Behörde immer wieder in zwei verschiedene Senate zerfallen. Der wesentlichste Grund, der für die Verschmelzung dieser Senate zu einer unter einem einheitlichen Namen fungirenden Behörde geltend gemacht werden kann, ist der, daß der rechtshabenden Partei die Verlegenheit abgenommen werden muß, zu unteruchen, bei welcher Behörde sie eigentlich ihr Recht zu suchen hat. Ueber diese Schwierigkeit läßt sich aber durch ein sehr einfaches Mittel hinwegkommen. Wir haben länger als 10 Jahre den bedenklichen Zustand gehabt, daß unsere oberste Instanz für die Rechtsprechung in Zivilsachen eine zweigepaltene war. Ein Theil der Sachen gehörte vor das Obergericht, ein anderer vor das Reichs-Oberhandelsgericht. Es wäre für den rechtshabenden Theil schwierig gewesen, immer zu unteruchen, welches Gericht berufen sei, über sein Rechtsmittel zu entscheiden. Da hat man den Ausweg gefunden, daß alle Gesuche dem Obergericht einreicht werden, welches alsdann dem Reichsoberhandelsgericht die zuständigen Sachen überwies. In gleicher Art könnte man den Bezirksrath zum Injunktionsmandat für das Bezirksverwaltungsgericht machen und dabei für das letztere doch alle diejenigen Garantien aufrecht erhalten, welche dessen Unabhängigkeit von der Verwaltung verbürgen.“

— Die vorausgesagte Wirkung der rapiden Preiserhöhung des Roheisens fängt schon an, sich zu zeigen. Aus Oberschlesien wird berichtet, daß die Donnersmarkthütte am 13. Januar ihren vierten Hochofen angeblasen hat, die Tarnowitzer Hütte im Februar oder März und die Oberschlesische Eisenbahnbedarf-Aktiengesellschaft im April einen Hochofen anblasen wird, wodurch eine Mehrproduktion von 50–60,000 Ztr. Roheisen

treten des Herrn Hansen ein Ferment geworfen worden, wie es lebhafter und intensiver wirkend kaum hätte gedacht werden können. Dieses Ferment habe verschiedene Blasen geworfen, je nachdem es auf verschiedenen Boden gefallen sei. Die Einen hätten die Vorstellungen direkt für Humbug, durch den Herr Hansen mit hülfsbereiten Genossen die Zuschauer täuschte, erklärt; diese Zweifler seien in ihrer Meinung noch durch die Aussagen Derer bestärkt worden, welche sich den Versuchen unterzogen hatten und behaupteten, sie hätten sich nur so gestellt, um den Magnettiseur nicht zu blamiren, oder sie seien in unnatürliche Stellungen von ihm gedrängt worden u. s. w. Andere wiederum hätten dem ganzen Treiben interesselos gegenüber gestanden, weil Herr Hansen auch über Mißerfolge zu klagen gehabt habe. So seien ihm in der Sitzung der medizinisch-naturwissenschaftlichen Gesellschaft in Dresden, an welcher auch der König von Sachsen Theil nahm, fast alle Versuche mißglückt, und von mehreren Personen habe es dort Herr Hansen nur bei zweien fertig gebracht, daß sie die geschlossenen Augen nicht mehr öffnen konnten, nachdem sie magnetisirt worden waren. Noch Andere hätten sich in der dreidimensionalen Welt nicht sicher gefühlt, sondern glaubten einen Sprung in die vierdimensionale machen zu müssen und haben sich dem Mysticismus in die Arme geworfen. Wieder Andere, die sich der Sache bemächtigt, hätten den Weg des Experimentes eingeschlagen, so z. B. Professor Weinhold in Chemnitz und Prof. Weidenhain in Breslau, sowie der Vortragende selbst. Weinhold habe den Gesichtskreis dadurch erweitert, daß er zeigte, es gehöre keine spezifische Kraft eines besonders begnadigten Magnettiseurs dazu, sondern nur Hautreize, die nicht einem einzelnen Individuum besonders zukommen, die vielleicht jedes Individuum ausführen könne; er habe ferner gezeigt, daß schwache elektrische Ströme, die man erhält, wenn man einen Pol einer Holtz'schen Elektrifizirmaschine am Körper herumschleift, einen ähnlichen Erfolg wie das Magnetisiren haben können; er habe außerdem gefunden, daß auch bestimmte Gehörseindrücke, die in bestimmter Weise wiederkehrten, den hypnotischen Zustand erzeugen könnten.

Zu dem Zustande selbst übergehend, schildert der Vortragende weiterhin die Symptome des Hypnotismus. Diese Symptome seien äußerst verschiedenartige. Betrachte man zu-

gun nicht aufzustehen und sich zu bewegen. Diese Aufhebung des Willens, welche hier hervortrat, sei das erste wichtige Symptom, welches beim Experimentiren sich am auffälligsten Denen, die dem Hypnotismus erliegen, bemerklich mache. Ein ähnlicher Zustand, der mit dem Namen der Katalepie von den Ärzten belegt wird, finde sich vorzugsweise bei nervenschwachen, hysterischen weiblichen Personen, sei aber ziemlich selten und werde vielfach falsch gedeutet, so z. B. von Niemeyer, der diesen Zustand für eine Simulation, für eine bewusste Täuschung halte. Wenn, so erläutert Redner weiter, noch nicht alle Muskeln des Körpers gestrichen und dadurch in einen trampfähnlichen Zustand versetzt worden seien, so könne es begreiflich gefunden werden, daß die anderen noch beweglichen Muskeln zu allerhand Bewegungen benutzt werden können; so vermögen die Versuchs-Personen die Arme zu bewegen, wenn letztere nicht gestrichen worden sind u. s. w. Ein weiterer wichtiger Punkt betreffe die Aenderung des Bewußtseins. Das stelle sich jedoch bei den verschiedenen Personen verschieden. Bei den Einen, welche in magnetischen Schlaf verfallen, sei das Bewußtsein erhalten, wenigstens wenn der Schlaf nicht zu tief sei, und nur gewisse Glieder in Spannung versetzt worden. Diese Leute hörten und fühlten zwar, könnten sich aber nicht aus den angenommenen Stellungen herausreißen. Ein zweiter Grad des Hypnotismus bestehe darin, daß das Bewußtsein unnebelt sei; solche Personen wußten zwar, was mit ihnen vorgehe, aber sie wußten es nicht genau, eine Thatsache, die Redner durch ein Beispiel aus einer von ihm angestellten Versuchsreihe erläutert. In einem dritten Falle fehle das Bewußtsein gänzlich, und die Betreffenden wußten absolut nicht, was mit ihnen vorgegangen sei, insofern könnten sie sich darauf besinnen, wenn man sie darauf bringe. Das klinge wunderbar, doch werde Ähnliches im täglichen Leben oft beobachtet. So erwache man oft des Morgens aus dem Schlafe, ohne zu wissen, daß man geträumt habe, bei einer Erzählung im Laufe des Tages fällt dem Betreffenden plötzlich der ganze Traum ein, nachdem er einen Anknüpfungspunkt gewonnen, und der ganze Traum steht lebendig vor seiner Seele. Ein ähnlicher Zustand mache sich auch beim Hypnotisirten geltend. Ein anderer, in das Reich der Psyche schlagender Punkt sei das Aufhören gewisser Empfindungen, z. B. der des Schmerzes, vorausgesetzt, daß die Hypnose hinreichend tief sei; man könne die

im Monat oder 600—720,000 Ztr. im Jahre allein in diesen drei obersteleischen Werken bedingt ist. Andere Werke werden, wenn die Preissteigerung anhält, damit folgen, und die Ueberproduktion wird sich bald fühlbar machen. Auch auf dem Walzeisenmarkt ist eine rasche Steigerung eingetreten, die aber, wie aus Oberschlesien gemeldet wird, den Walzwerken leicht gefährlich werden kann, da die meisten bis in den April und Mai ihre gesamte Produktion zu billigeren Preisen abgeschlossen haben, also zunächst keinen Vorteil von der Preissteigerung ziehen können, nach Deckung des Bedarfs seitens der Großhändler aber leicht eine Preisreduktion in Folge verminderter Nachfrage und vermehrter Produktion eintreten kann, welche das Vertrauen auf eine völlige Gesundung der Eisenindustrie wieder schwer erschüttern würde. Die Rapidität der Preissteigerung — 33 1/3 pCt. in vierzehn Tagen — läßt diese Besorgnisse nicht unbegründet erscheinen. Den greifbaren Nutzen davon zieht die Börse, welche auf Grund der enormen Erhöhung der Roheisen- und Walzeisenpreise die Kurse der Montanpapiere immer weiter in die Höhe treiben kann. Betreffs weiterer Preissteigerungen findet sich Interessantes in dem Jahresbericht der Hamburger Handelskammer über Hamburgs Handel im Jahre 1879 über diejenigen Wirkungen der neuen Zölle auf die Preise und den Konsum, welche bereits in den letzten fünf Monaten des vergangenen Jahres beobachtet werden konnten. Der Bericht über den Verlauf des Kaffeegeschäfts äußert sich hierüber z. B. folgendermaßen: „Die im Reichstag geäußerte Ansicht, das Ausland werde durch einen Rückgang der Preise die höheren Zölle ausgleichen, hat sich bezüglich des Kaffees rascher, als man erwarten durfte, als irrig erwiesen, denn von wie verschwindend kleinem Einfluß die Zollerhöhung, wie überhaupt der Konsum des Zollvereins auf die Bestimmung der Preise ist, hat sich seitdem ellatant gezeigt: auf die gehoffte Preisermäßigung antwortete der Kaffee-Markt mit einer Steigerung.“ Nachdem dann ausgeführt, wie in Folge einer wesentlichen Steigerung des Konsums in den Vereinigten Staaten ein rapides Steigen der Preise eingetreten, welches durch die Rückwirkung auf die Produktionsländer auch die europäischen Märkte wesentlich beeinflussen mußte, wird weiter berichtet: „Anscheinend haben die erhöhten Zollsätze bereits die Wirkung gehabt, daß vorzugsweise für den Verbrauch der geringeren Kaffees ins Auge gefaßt werden, denn während der lebhaften Periode im September/Oktobre drehte sich das ganze Geschäft fast nur um diese Kaffees, während alle besseren Qualitäten durch die Bedarfsfrage verhältnismäßig wenig influiert wurden. Greift die Bevölkerung Deutschlands und Oesterreichs aus Sparamtheilsgründen auf die billigeren, ordinären Kaffees zurück, um den Genuß nicht beschränken zu müssen, so wird der Handel diese geringeren Sorten dem Bedürfnis entsprechend herbeizuschaffen wissen. Die geringeren Kaffees sind natürlich bei Weitem billiger zu liefern, als die besseren Qualitäten, auf deren Herstellung und Veredelung seit Jahren hier wie in den Produktionsländern unablässig unter Aufwendung großer Kosten und mit Erfolg hingewirkt wurde. Die besseren Sorten werden mehr noch als jetzt den Weg nach den Vereinigten Staaten nehmen, wo der Artikel, durch Zölle nicht vertheuert, sich ein rapid wachsendes Absatzgebiet erobert.“ Die gleiche Erscheinung wie bei dem Kaffee-Konsum ist auch bereits bei anderen Artikeln beobachtet worden und wird in noch größerem Umfange hervortreten, je mehr die große Zahl der erst am 1. Januar in Kraft getretenen Zölle ihre volle Wirkung ausüben wird. In einer Einschränkung des Konsums überhaupt oder in dem Zurückgreifen auf geringere Qualitäten und Surrogate muß eben die Lebenshaltung ihren Ausdruck finden, welche die un-

vermeidliche Folge einer Erhöhung der indirekten Besteuerung bildet.

— Das Landes-Oekonomie-Kollegium tritt am nächsten Montag zur zweiten Session der ersten Sitzungsperiode zusammen. Außer den, von dem Minister der Landwirtschaft ernannten Kommissarien sind noch eingeladen: der Prof. Dr. Henneberg aus Göttingen und Dr. König aus Münster. Unter den Vorlagen des genannten Ministers befindet sich eine über die Erfolge des Prämienwesens und eine gutachtliche Aeußerung über den Nutzen oder die Entbehrlichkeit der Ernteaussicht-Statistik und die vorläufige Ernteaufnahme im Gegensatz zu der definitiven Erntestatistik. Unter den Anträgen der Mitglieder befindet sich einer auf die Forststatistik und ein anderer auf die Försterschulen bezüglicher.

— Die eiserne und oft recht unverständliche Strenge der russischen Grenz- und Passbehörden richtet sich nicht nur gegen die Lebenden, sondern selbst gegen die Todten; denn am 21. sollte (laut Thorner Zeitung) in Thorn die Beerdigung eines auf russischem Gebiet verstorbenen allgemein geachteten Kaufmanns, Landwehrleutnants und Inhabers des eisernen Kreuzes stattfinden. Der ernste Akt konnte aber nicht vor sich gehen, weil die Leiche von der russischen Grenzbehörde nicht herübergelassen wurde. Die Gründe dieser auffallenden Maßregel wurden nicht angegeben.

Bremen. Die Staatsanwaltschaft in Bremen fühlt sich gedrungen, da die Flugblätter der Berliner Antisemiten-Liga auch dorthin gedrungen sind, vor der Theilnahme an den Bestrebungen derselben öffentlich zu warnen. Es sei eine „Verirrung“, welche die Reime der nach § 130 des Strafgesetzbuches strafbaren Handlung in sich trage: Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise. Klängen die bis jetzt aufgeführten Mittel und Wege zur Erreichung des Zieles anscheinend auch noch zahm, so charakterisirt sich das ganze Treiben doch durch die Geheimhaltung der Namen der Mitglieder und die Aufforderung zum Uebergang von Worten zu Thaten.

○ **Karlsruhe, 26. Januar.** Allem Anscheine nach treiben unsere inneren Dinge einer merkwürdigen Krise entgegen. Was den Ausgleich mit der Kurie betreffend, sollte, droht eine hochernste Streitfrage zwischen dem Ministerium und dessen eigener, der national-liberalen Partei zu werden. Allerdings, wie die Examenfrage von dem Minister des Innern Stöcker in der bekannten Vorlage aufgefaßt war, konnte ein solcher Ausgang kaum vermieden werden. Man scheint sogar an der maßgebenden Stelle vollkommen darauf gefaßt gewesen zu sein. Fast gleichzeitig mit der Einbringung des Gesetzentwurfs in der Kammer erschien in der „Kölnischen Zeitung“ an leitender Stelle eine Zuschrift aus Freiburg, in welcher der Entwurf belobt, seine Annahme in allem Sachlichen als selbstverständlich betrachtet, für den Fall aber, daß die Volksvertretung die förmliche Anerkennung des bisherigen Examengesetzes durch die Kurie zur Vorbedingung machen sollte, gleich mit der Auflösung der Zweiten Kammer gedroht wurde. Unmittelbar darauf wurde dieselbe Drohung in einem freiburger Blatte, der liberalen „Freisgauer Zeitung“, laut, und einen Tag später war dies Blatt in der Lage, seinen Lesern anzeigen zu können, daß ihm von dem Ministerium des Innern die Eigenschaft eines amtlichen Verkündigungsblattes beigelegt worden sei, während gleichzeitig diese Eigenschaft der gleichfalls liberalen „Freiburger Zeitung“, die aber gegen die Examengefnovelle Stellung genommen hatte, entzogen wurde. Außerdem erschienen unmittelbar nach der Einbringung der Vorlage in einer Reihe anderer Blätter, welche sich der Amtsverkündigerqualität erfreuen, mehr oder weniger freudige

Lobeshymnen auf das Friedenswerk der Regierung, und in allen wurde die Zustimmung der Kammer als selbstverständlich behandelt. Auch die „Neue Frankfurter Presse“ hatte ihre Spalten einer Serie von Artikeln aus Baden geöffnet, in welcher die Vortrefflichkeit des von der Regierung Gebotenen bewiesen wurde. Man sieht, der Minister des Innern hat es an energischen und umfassenden Vorkehrungen nicht fehlen lassen. In einem Punkte aber dürfte er sich geirrt haben: allem Anscheine nach hat er auf eine Spaltung der national-liberalen Fraktion gerechnet, und zwar auf eine Spaltung, welche die Mehrheit auf seine Seite führen würde. Statt dessen hat die Fraktion einstimmig beschlossen, auf den vorliegenden Gesetzentwurf nicht einzugehen, so lange die Kurie ihre Proteste gegen das bestehende Gesetz nicht amtlich zurückgenommen hat. Die Einstimmigkeit ist doppelt zu betonen, weil in einem Theile der Presse fortwährend von „harten Kämpfen“ und namentlich von einer diffidenten Stellung Lamen's die Rede ist. Ueber die in Rede stehende Vorfrage der Protestzurücknahme seitens der Kurie ist in der Fraktion schlechterdings gar keine Meinungsverschiedenheit. Divergirende Anschauungen bestehen bis jetzt nur über die materielle Gestaltung der Prüfungsangelegenheit, nachdem diese Vorfrage erledigt sein wird. Aber soviel steht immerhin fest, daß die Fraktion in der Sache zum mindesten ebenso weit entgegenzukommen entschlossen ist, wie die Regierung es thut. Deshalb wird ihr denn auch bereits vorgeworfen: „Ihr wollt den Frieden also an einer bloßen Formfrage scheitern lassen?“ Aber das, was man jetzt als eine „bloße Formfrage“ hinzustellen beliebt, ist eben der Angelpunkt des ganzen langen Kampfes zwischen Staat und Kirche, nämlich die Frage, ob die Kirche sich der Gesetzgebung des Staates zu unterwerfen hat oder nicht. Die Anhänger des Stöcker'schen Gesetzentwurfs sagen, diese Frage werde durch denselben implicite im Sinne der Anerkennung der Staatsgesetzgebung seitens der Kurie entschieden. Aber sie bedienen sich dabei einer gänzlich unhaltbaren Sophistik. Die Kurie nimmt ihre den Staat verhöhnenden Proteste und Verbote in Bezug auf das bisherige Examengesetz nicht zurück; sie gestattet nur, daß, nachdem dies Gesetz thatsächlich beseitigt sein wird, diejenigen Theologen, welche unter der Herrschaft desselben das theologische Examen gemacht haben, nunmehr um den Erlaß einer weiteren staatlichen Prüfung bitten dürfen. Jeder Unbefangene wird und kann nur sagen, daß hier der Sieg auf Seiten der Kirche und nicht auf Seiten des Staates ist. Daher denn auch die einmüthige Haltung der national-liberalen Fraktion. Sie kann nun getroßt abwarten, was die anderen Faktoren thun werden.

Oesterreich.

Wien, 25. Januar. [Die Arlbergbahn. Die deutsche Reichsmilitärgefnovelle.] Die gestern von der Regierung eingebrachte Vorlage über den Bau der Arlbergbahn ist mit einer merkwürdigen Hinterhältigkeit motivirt. Alle Welt weiß, daß diese Linie die Hauptverkehrs hat, das deutsche Zollsystem zu umfahren und den russischen und ungarischen Verkehr indirekt nach der Schweiz und nach Frankreich zu instradiren, aber in der Begründung des Gesetzentwurfes ist hiervon mit keiner Zeile die Rede. Soweit geht die Vorsicht, daß der Arlbergbahn nicht einmal der Frachtenverkehr in der Rentabilitätsberechnung zugetheilt wird, der unter der neuen Konstellation von den bairischen Staatsbahnen auf die Arlbergbahn nothwendigerweise abgelenkt wird. Es handelt sich, wenn man den Motiven glauben sollte, um nichts weiter als die Konkurrenz, welche die Gotthardbahn mit der zu eröffnenden Route Genua-Zürich und Genua-Basel dem russischen Getreideexport

Leute mit einer Nadel durch die Hand stechen, ohne daß sie sich irgendwie bewegen oder etwas fühlen, erst beim Erwachen fühlten sie den Schmerz. Indessen sei das Verhalten verschiedener Körpertheile in dieser Beziehung verschieden. So wachen in den allermeisten Fällen die Leute, wenn sie ins Gesicht gestochen würden, aus ihrem Schlafe auf. Bekannt sei, daß Belpaen und Broca im Jahre 1860 an einer Frau, die sie hypnotisirt hatten, eine Operation vollzogen, ohne daß die Patientin Schmerz empfunden hätte. Ferner sei ein sehr eigenthümlicher Umstand der, daß gewisse Leute dem Magnetiseur fast Alles nachmachen, daß sie ihm nachlaufen, daß sie gewisse, im hypnotischen Stadium eingeleitete Bewegungen fortsetzen, wenn die Hypnose tiefer werde u. s. w. Wir selbst führen täglich, so bemerkt Redner, eine große Zahl von Bewegungen unbewußt aus, wenn wir z. B. gehen, so leistet die Maschine unseres Körpers die Arbeit, ohne daß wir daran denken, ohne daß wir zu jedem Schritt einen besonderen Willen ausüben.

Zu den Halluzinationen übergehend, äußert sich der Vortragende dahin, daß er, so weit die von Herrn Prof. Heidenhain und ihm gemachten Erfahrungen reichen, niemals habe konstatiren können, daß man einen Hypnotisirten durch bestimmte Reden in einen bestimmten Ideenkreis versetzen könne, daß also beispielsweise eine von Herrn Hansen magnetisirte Person, welche eine Kartoffel statt eines Apfels ist, sich nicht einbildet, einen Apfel zu essen. Gewöhnlich hätten diese Personen später ausgefagt, sie hätten überhaupt von nichts gewußt, und der Vortragende ist der Meinung, Herr Hansen habe in dieser Beziehung wesentlich die Nachahmungssucht im hypnotisirten Zustande bemerkt. Indessen wolle Redner nicht behaupten, daß es im vorliegenden Falle direkt unmöglich sei, auf obige Weise Wahnvorstellungen zu erwecken. Ihm (dem Redner) sei es nie gelungen, Halluzinationen in der Weise zu erzeugen. Jedoch habe er bei einem Herrn, den er in magnetischen Schlaf gebracht, in so fern eine Wahnvorstellung konstatiren können, als derselbe nach dem Erwachen die Frage an den Vortragenden richtete, ob er während des Schlafes mit einem wohlriechenden Stoffe übergossen worden sei. Er habe einen intensiven, wunderbaren Beisengeuch empfunden, auch Geschmacks-Halluzinationen seien beobachtet worden. Ein Taubstummer, den der Vortragende magnetisirt hatte, sah ein Haus brennen, ohne daß er bei dieser Halluzina-

tion sich fürchtete, wie denn überhaupt alle in dem Hypnotismus entstehenden einfachen Halluzinationen angenehmer Natur zu sein scheinen. (Schluß folgt.)

Das Weihnachtsfest des Motiv.

Berlin, 26. Januar. Wenn in jüngster Zeit die Architekten mehr als je durch ernste und wichtige Fragen ihres Faches beschäftigt und beunruhigt werden, so lassen sich dieselben doch die gute Laune nicht verderben, davon gab überzeugenden Beweis das Weihnachtsfest, welches der Verein Motiv am Sonnabend seinen Gästen und alten Herren bereitete. Diese Weihnachtsfeste haben eine Berühmtheit erlangt einerseits durch die rege Theilnahme der Berliner Architektenschaft, zumeist aber, weil sich hier willkommene Gelegenheit bietet, alle die großen und kleinen Fragen des Bauwerks, die auf der Tagesordnung stehen, zumal diejenigen, welche den baulichen Nachwuchs bewegen, zum vernünftigen und ungenirten Austrag zu bringen. Denn das muß man den Motivern lassen: sie geniren sich wirklich nicht; aber doch waltet über diesen Festen ein herzlicher, gesunder Humor, der es versteht, auch die Einlage kleiner Boshaftigkeiten in das Deckblatt lebenswirdiger Laune zu wickeln und der Betroffene müßte gar verstockten Gemüths sein, wenn er nicht verhöhnt sprechen wollte: Ich grolle nicht. Auch das diesjährige Weihnachtsfest trug den sachlichen Strömungen gebührende Rechnung, bot aber außerdem so viele Gaben harmlosen und neutralen Humors, daß auch die nicht der Baunuse ergebenden Festtheilnehmer keine Veranlassung hatten, über Unterhaltungsmangel zu klagen. — In den schönen, mit Tannenbäumen und Guirlanden prächtig geschmückten Festsälen des Zoologischen Gartens sammelte sich eine Gesellschaft von über sechshundert Personen. Neben den ziemlich vollständig erschienenen Professoren der Technischen Hochschule bemerkten wir noch viele der hervorragendsten Vertreter des Bauwerks. Nachdem das zum größten Theile aus Motiwern bestehende Orchester die „Stradella“-Ouverture gespielt und der Vorsitzende des Vereins, Herr Bauführer Kallmeyer, in zierlichen Versen die Versammelten bewillkommet hatte, ging das Feststück, ein auf den Namen „Klassisch“ getaufter einaktiger Schwank in Scene. Derselbe eine muntere höchst salonsfähige Komödie der Mißverständnisse, zeichnete mit großem Geschick einige Typen aus dem baulichen Leben, wie sie theils vorhanden, theils möglich sind; zumal der vom Polier auf dem jetzt nicht mehr unmöglichen Wege der Gewerbeschule zum selbstständigen Architekten avancirte Herr Sattlam, der sich aus der Hauptstadt, wo die Geschäfte schlecht gehen, in die Provinz begiebt, um dort einen Lokalbau zu gründen, war eine köstliche Figur, die mit überwältigendem Humor zur Darstellung gebracht wurde. Andererseits ward auch auf die bürokratischen Mißstände der Staatsbauverwaltung manch ergötzlicher Streich abgeben. Wenn der Autor des Schwanks, Herr Baumeister Keller, auch mit den Personen seiner poetischen Geschöpfe etwas gewaltthätig umsprang, so mußten sich doch ernstere kritische

Bedenken der Macht des Humors unweigerlich gefangen geben. — Während die Festgesellschaft im Vorjaal promienirte, wurden im großen Saale die Tische gedeckt, und bald rief die Trompete zum fröhlichen Festmahl. Nachdem das erste Hoch den Gästen ausgetracht war, erschienen auf der Bühne drei phantastische Gestalten, welche sich als die heiligen drei Könige vorstellten und ihre Absicht kundgaben, den „ausgezeichnetsten Musterknaben“ unter der anwesenden Kinderzucht, das hieß natürlich den Herrn Professor, mit kleinen Geschenken aufzuwarten, und bald sah man die Könige hin und wieder eilen, um jedem das Seine zuzutragen. An ein sinniges Festgefnicht anknüpfend sprach dann Herr Prof. Winkler dem Motiv den Dank und die Wünsche der Gäste aus. Nachdem darauf der ständige Weihnachtsgast des Motiv, Herr Oberlehrer Dr. Rauch, die bereits erlebten Nummern des Festprogramms in bekannter geistvoller Weise kritisch beleuchtet hatte, wandte sich die Aufmerksamkeit wiederum der Bühne zu, auf welcher sich jetzt die Festoperette: „Disdar Aga, der Wilde“ abspielte. Den anprechenden Text hatte stud. arch. Bos verfaßt, während stud. arch. Thomas die Komposition bzw. das Arrangement mit großem musikalischen Witz und Geschick geleistet hatte. Der Text behandelte den Aufenthalt der Architekten Spon und Wheler in Athen (1676), welche bei dieser Gelegenheit die lebenswirdige Befamtheit zweier Haremsdamen machen, aber in flagrantem Verbrechen und zum Tode verurtheilt werden. Doch in dem Busen Disdar Aga's erwacht die bei einem Haremsinhaber eigentlich nicht in Erbsenen sendende Erkenntnis, daß Liebe kein Verbrechen ist — und die beiden verliebten Kunsthistoriker entgehen dem drohenden Tode. Die gefanglichen, mimiſchen, deforativen und beleuchtenden Leistungen — sogar ein Mond von sinniger Physiognomie war auf die Bühne herabbeschworen — riefen gerechtfertigten Jubel hervor. — Wenn die Stimmung noch gehobener werden konnte, so wurde sie es durch das mit Feuer getanzte Ballet: „ein ländliches Richtfest“, das von den dankbaren Zuschauern da capo verlangt wurde. Konnten schon die Reize der Motiwdamen märchenhaft genannt werden, so gebührt diese Bezeichnung noch entschieden der Geschichte, welche Herr Bauführer K oß der Festgesellschaft erzählte, einer sehr wunderlichen Geschichte von einem Staat, in dem die Privatkunstbäder sich gegen die Staatsbädermeister empörten, so daß das ganze Badwesen in Unordnung gerieth, bis eine gütige Fee aus dem Lande Australien kam und Allen Glück und Frieden brachte. Der stürmische Jubel, welchen dieses „Weihnachtsmärchen“ erregte, bewies wohl, daß die Festgesellschaft den tiefen Sinn zu erfassen wußte. Es mochte wohl Manchem der Staat, der sich vergeblich bemühte, sich von seinen gewonnenen Milliarden ein vernünftiges Duzenium zu machen, bekannt vorkommen. Noch zahlreiche mimiſche und rednerische Leistungen bot das Fest, bis endlich der helle Morgen Polizeigewalt übte und die Versammlung auflöste. Wir müssen betonen, daß wir selten ein so erfreuliches Fest mitgeteilt und selten eine solche Fülle lebenswirdigen und geistvollen Humors zu fröhlichem Wirken vereinigt gefunden haben.

nach dem Bodensee ermöglicht, durch die Verbesserung der öster- reichischen Exportlinie dahin vorzubringen. Der Cerealienverkehr auf dem Bodenseegebiete wird gewissermaßen als der Kernpunkt aller einschlägigen Interessen dargestellt, während man bisher der Meinung war, daß die Aufnahmefähigkeit einer Bevölkerung von 2 1/2 Millionen, wie sie die Schweiz besitzt, in der Getreidekon- junktur nicht wesentlich in Frage komme. Wir wollen indessen die Rücksichten, aus welchen die Regierung zu sagen vermeidet, daß die Arlbergbahn eine Kampfbahn sein wird, gewiß aner- kennen, denn nichts ist überflüssiger, als daß ein sachlicher Inter- essentonsfikt unnötig in Worte umgesetzt werde, die die Stimmung einmal nicht verbessern können. Mit diesen Rücksichten fällt zu- sammen, daß der Grund, weshalb die Linie als Staatsbahn ge- baut wird, auch nur flüchtig gestreift ist. Die Details der Vor- lage sind Ihnen bereits zugegangen. Die Kosten der Linie wer- den auf 35,600,000 fl., die Bauzeit ist auf 6 Jahre berechnet. Die Gesamtlänge beträgt 137 Kilometer, davon 65 Kilometer Gebirgsbahn und 10,270 Meter Haupttunnel; als Bruttoeinnahme sind vorgesehen 1,650,000 fl. (1,310,000 fl. Frachtenverkehr, jedenfalls zu wenig); für Betriebskosten 1,000,000 fl. Der Ueberschuß von 650,000 fl. ist gleich den 5 Prozent Zinsen für ein Kapital von 13 Millionen; die unverzinst bleibenden 26,6 Millionen werden deswegen nicht als fonds perdis betrachtet, weil der staatliche Zinszuschuß für die Gisel- und Vorarl- berger Bahn in Folge der mit Eröffnung der Arlbergbahn sich erhöhenden Betriebseinnahmen beider Linien um projektirte 1,412,000 fl. um so viel sich vermindern wird. Nach allgemeiner Anschauung werden sich die Betriebsergebnisse der Arlbergbahn unter Mitwirkung der Faktoren, welche die Regierung nicht offiziell in Rechnung ziehen zu müssen glaubte, günstiger, die Bauauslagen aber ungünstiger stellen, als der Motivenbericht an- nimmt. Man wird indessen den Thatsachen die nöthigen Kor- rekturen überlassen können. — Die Erhöhung des deut- schen Armeebestandes hat selbstverständlich auch hier überraschend gewirkt; man legt indessen in hiesigen militärischen Kreisen das Hauptgewicht weniger auf die neuen Formationen, als auf die Zuziehung der Ersatzreserve zum aktiven Dienst, die erheblich mehr bedeutet, als die jährliche Mehreinstellung von 8000 Rekruten oder die Formation eines neuen Armeecorps. Daß man in maßgebenden Kreisen die Maßnahme Deutschlands anders auffaßt, als die journalistische Schablone, und dieselbe wohl zu würdigen weiß, brauche ich nicht erst zu versichern. (N. Ztg.)

Rußland und Polen.

© Petersburg, 25. Januar. [Die russisch-pol- nische Frage] beschäftigt wiederum den „Golos“, welcher behauptet, das Kraszewski-Jubiläum habe dieser Frage einen un- auslöschlichen Stempel aufgedrückt. Noch vor sehr kurzer Zeit habe ja Fürst Bismarck die russisch-polnische Frage nicht ohne heimliche Freude „die kassende Wunde am russischen Organis- mus“ genannt, aber Kraszewski habe gezeigt, wie diese Wunde geheilt werden könne „auf der Basis der nationalen Entwickel- ung Polens in den Grenzen der russischen Staatsinteressen“. Für die Russen sei das einzige Kriterium in der russisch-polni- schen Frage das russische Staatsinteresse und werde es immer bleiben. „Das Territorium des Königreichs Po- len bleibt für immer ein integrierender Theil des russischen Kaiserthums und die russi- schen Polen seine treuen Unterthanen.“ Dies die Basis der Ausöhnung der Russen und Polen; die letzteren sollten mit den ersteren nicht allein gleiche Rechte, sondern auch gleiche Pflichten haben. Dies erheische wiederum das russische Staatsinteresse, um das der „Golos“ gegebenen Falls gegen und für freie, den Polen zu gewährende Institutionen gekämpft hat. Seit der ersten Theilung Polens sind nun 127, seit dem Auf- stande von 1831 achtundvierzig, seit der letzten Schilderhebung siebenzehn Jahre vergangen. Diese ganze Zeit war ein aktiver oder passiver Kampf der Polen gegen die Russen; die russische Regierung hat ihnen gegenüber alle Regierungsformen, von der freien konstitutionellen bis zur kriegerisch-polizeilichen, probirt, die besten Kräfte des Reiches geopfert, ohne daß sie das angestrebte Ziel, „die offene Wunde zu heilen“, erreicht hat. Also es bleibt nur die Ausöhnung mit den Polen übrig. Die polnische Frage hat aber gegenüber Europa ihre ehemalige Bedeutung verloren. Heute giebt es nur noch eine preussisch-pol- nische, österreichisch-polnische und russisch- polnische Frage, und es kann sich nur noch um das Ver- hältniß der polnischen Nationalität gegenüber jedem einzelnen der drei Staaten handeln, ohne daß hierdurch allgemeine interna- tionale Interessen berührt würden. Von diesem Standpunkte aus will der „Golos“ die russisch-polnische Frage betrachtet wissen, und da die wahren Polen längst dem Phantasiegebilde eines un- abhängigen Polens entzogen (?) haben, und sich nur um einen modus vivendi in jedem der drei Theile des ehemaligen König- reichs Polen bemühen, betrachten sowohl Polen wie Russen die ganze Frage nur noch vom Standpunkte des Staatsinteresses, und die russisch-polnische Frage ist lediglich eine interne Frage des russischen Reiches. Alle Revolutionen, welche die Polen bis 1863 gemacht haben, gehören der Geschichte an, müssen ver- gessen und vergeben werden, da sie eine gewisse Berechtigung hatten und endgültig für die Polen das Resultat des Vaternor- des gehabt haben. Es ist nun Zeit, daß sich Russen und Polen ausöhnen, d. h. die Ursachen der gegenseitigen Verschuldungen und der Unzufriedenheit beseitigen, was nur durch Aufhe- bung des jetzigen Ausnahmestandes zu geschehen kann, wozu, nach der Meinung des „Golos“, die Stunde gekom- men ist. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß der Artikel inspirirt ist, denn er erscheint dermaßen unerwartet vom Zaune gebrochen, daß es fast unglaublich ist, er sei in der Re- daktion entstanden. Was werden die preussischen und österreichi- schen Polen dazu sagen, daß die polnische Frage nicht mehr eine europäische sei? Was werden aber die russischen Polen dazu sa- gen, daß man ihnen nur die gleichen Rechte mit den Russen,

d. h. — die gleiche Rente anbietet? Vielleicht ist aber der Hin- weis auf die Möglichkeit und Nothwendigkeit der Ausöhnung mit den Polen eine Antwort auf die neulich beim Bundesrathe ein- gebrachte Vorlage betreffs der Vermehrung der deutschen Armee, welche hier mit einer gewissen Unruhe und großem Mißtrauen betrachtet wird, zumal in derselben gesagt ist, man müsse im Stande sein, gegebenen Falls nach zwei Richtungen, nach Ost und West, Front zu machen und etwaige Angriffe zurückzuweisen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 28. Jan. Kaiser Wilhelm empfing heut Nach- mittag 1 Uhr den russischen Botschafter Saburoff in feierlicher Antrittsaudienz zur Entgegennahme seiner Kreditiv. Darauf empfingen die Kaiserin Augusta und um 1 1/2 Uhr der Kron- prinz den Botschafter. Nachmittags 4 Uhr wird Fürst Bismarck vom Kaiser empfangen werden. Der Kronprinz konferirte gestern zwei Stunden mit dem Fürsten Bismarck und reist heute Abend nach Italien ab. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

✓ Berlin, 28. Januar, 5 Uhr Abends.

[Abgeordnetenhause.] Der Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf der Homburger Eisenbahn wird in dritter Lesung de- battenlos genehmigt. Der Antrag Bandemer, betreffend die Aus- dehnung des Wirkungskreises der Rentenbanken wird angenom- men, nachdem Regierungskommissar Dahle erklärt, die Regierung stehe dem Antrage nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, wolle aber zunächst Ermittlungen über die Bedürfnisfrage anstellen lassen. Es folgen Petitionsberichte: die Petition der Gemeinde- Vertretung von Richtenberg, betreffend die Dauer der Funktions- periode des kommissarischen Amtsvorstehers, wird der Regierung zur Berücksichtigung in dem Sinne überwiesen, daß die Instruk- tion vom 18. Juni 1873 zur Ausführung der Kreisordnung, so- weit jene die Bestellung eines kommissarischen Amtsvorstehers auf eine längere als die in der Kreisordnung vorgeschriebene sechs- jährige Zeitdauer zuläßt, als mit dem Gesetze nicht vereinbar aufzuheben, beziehungsweise zu modifiziren sei. Im Uebrigen sind die Petitionen ohne allgemeines Interesse. Es folgen Wahl- prüfungen.

Die Wahlprüfungen werden nach den Anträgen der Kom- mission erledigt. Nächste Sitzung morgen.

Der „Reichsanzeiger“ publizirt eine von gestern da- tirte kaiserliche Verordnung, welche den Reichstag zum 12. Fe- bruar einberuft.

London, 28. Januar. Aus Kalkutta wird gemeldet: Ge- neral Roberts befehlt am 26. d. Lataband und hat Befehl gegeben, alle englischen Posten auf einen Monat mit Lebensmit- teln und Munition zu versehen. Ein neuer Angriff der Afganenstämme wird gegen Ende des Monats befürchtet. Das Gerücht vom Tode Mahomed Kan's hat sich bisher nicht bestätigt.

Newyork, 28. Januar. Das Obergericht des Staates Maine entschied auf die von den Fusionisten neuerdings unter- breiteten Fragen, daß die fusionistische Legislatur nicht als eine legale Körperschaft anzuerkennen sei, erklärte vielmehr die repu- blikanische Organisation für die allein rechtmäßige Legislatur. — Aus Halifax wird vom 27. d. gemeldet, daselbst seien Vor- bereitungen im Gange für eine neue amerikanische Nordpol-Ex- peditions-Expedition unter Leitung Dr. Emil Bessels, welcher bereits an Kapitän Hall's Expedition im Schiffe „Polaris“ theil- genommen habe.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Deutsche Jugend. Band XV, Heft 4. Herausgegeben von Jul. Lohmeyer. Künstlerischer Leiter Oscar Pletsch. Verlag von Alphonse Dürr, Leipzig. Das soeben erschienene Januarheft ent- hält u. A.: Ein neuer Robinson, von J. Ludwig (Schluß mit Ori- ginalzeichnungen von Woldemar Friedrich. Deutsche Kaiser- bilder: III. Heinrich der Vierte, von Fed. v. Köppen (Schluß) mit Originalzeichnungen von W. Friedrich. Schweizer Sagen, erzählt von Adolf Frey, mit Originalzeichnung von W. Friedrich. Mal und Damant, indisches Märchen nach Friedrich Rückert, mit Originalzeichnungen von E. Klimsch. Gedichte, Sprüche, Räth- sel und Knackmandeln von Julius Lohmeyer, Friedr. Güll, Rob. Reinick, Rob. Löwke u. A., mit Originalzeichnungen von Paul Thumann, M. v. Schwind, F. Hlinzer u. A. Das Vierteljahrs-Abonnement beträgt 3 Mark.)

* Das Klavierstück: „Mors Ruffe“ des beliebten englischen Komponisten Charles Mosley erfreut sich einer bedeutenden Ver- breitung, so daß die Verlagshandlung H. Erler in Berlin dasselbe jetzt auch für Piano zu 4 Händen hat erscheinen lassen.

* Taschenbuch für Krankenpflegerinnen. (Zweiter Jahrgang 1880.) Weimar, H. Böhlau. Preis 1 M. Der diesjährige Jahrgang des Taschenbuchs für Krankenpflegerinnen, der mit den sehr guten in Stahl gestochenen Bildnissen der Kaiserin und Königin Augusta und der Großherzogin von Sachsen geschmückt ist, bringt neben einer eingehenden Darstellung der Organisation des Ver- bandes der deutschen Frauen-Vereine und Pflegevereine auf dem Gebiete der Krankenpflege zwei größere Aufsätze über „Die Pflege bei Nervenkranken“ und „Die Pflege bei Geistesfran- ken“, aus der Feder hervorragender Spezialisten, des Prof. Dr. Nothnagel in Jena und des Direktors der Irrenanstalt Plagwitz bei Biegnitz, Dr. C. Hecker. Beide Artikel behandeln die sich so nahe berührenden Fragen in erschöpfender, allgemein verständlicher Weise. Daneben bietet das Taschenbuch in zahlreichen anderen Artikeln zweck- mäßige Ringe für die Pflege der Kranken und das Verhalten der Pflegerinnen, die in jedem Haushalt berücksichtigt werden müssen. Ist das Taschenbuch auch zunächst in das Leben gerufen, um der Frauen, die das schöne und schwere Amt der Pflegerin zu ihrem Beruf gemacht haben, die Möglichkeit der stetigen Fortbildung auf diesem Gebiet zu geben, so sollte dasselbe doch eigentlich in keiner Familie fehlen. Es fördert in der besten Weise die Kenntniß der Grundsätze rationaler Krankenpflege, die leider noch so wenig verbreitet ist, und darf weitesten Kreisen zur Anschaffung bestens empfohlen werden. Das Taschenbuch für Krankenpflegerinnen ist zu dem überaus billigen Preise von 1 Mark in jeder Buchhandlung zu haben.

Locales und Provinzielles.

Posen, 28. Januar.

× [Auswanderungsfieber unter der pol- nischen Landbevölkerung.] Der „Dziennik Poznański“ meldet ganz erschreckt aus den Norddistrikten unserer Provinz, daß daselbst unter der ländlichen polnischen Arbeiterbevölkerung das Auswanderungsfieber wieder in verstärktem Maße um sich greife und ein förmlicher exodus nach Amerika bevorstehe. So seien aus den Kreisen Wągrowitz und Schubin der Redaktion mehrere Dörfer namhaft gemacht worden, aus denen Duzende von Familien in Kurzem auswan- dern und jenseits des Dzeans eine neue Heimath suchen wollten. Der „Dziennik“ beklagt diese Erschei- nung als ein schweres nationales Unglück, und fordert insbesondere die polnischen Gutsbesitzer auf, Mittel und Wege zu finden, um die polnische Arbeiterbevölkerung im Lande zu behalten. — In der That kann man sich nicht dem Gedanken verschließen, daß die Bethörten, wenn sie jetzt ihre Heimath ver- lassen, lediglich ihrem eigenen Verderben entgegengehen. In der Heimath ist es heutzutage weit leichter, Beschäftigung zu finden, als in Amerika. Wenn daselbst schon der englische und deutsche Aus- wanderer, der meist noch im Besitze von Kapitalien und im Be- sitze einer Weltsprache ankommt, mit unendlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so kann man sich leicht vorstellen, welches Schick- sal unsern naiven polnischen Bauern trifft, dessen Sprache Nie- mand versteht, der, abgesehen von seiner primitiven ländlichen Arbeitsweise, in jeder Erwerbsthätigkeit unbewandert ist und der meist gar keine Mittel besitzt, da er in seiner Leichtgläubig- keit meint, nur die Ueberfahrtskosten erschwingen zu müssen, um drüben gleich das erträumte Eldorado zu finden, wo er selbst „ein Edelmann sein kann“. Das Auswanderungsfieber unter der polnischen Landbevölkerung ist übrigens um so auffälliger, als die Polen sonst ein durchaus festhaftes Volk sind und wenig oder gar keine kolo- nisationären Fähigkeiten besitzen. Es scheint uns daher, daß die Leichtgläubigkeit des polnischen Bauern wiederum von gewissen- losen Spekulanten benutzt worden ist, die ihm goldene Berge ver- sprechen, vielleicht auch von Soldaten, welche das Hausinventar und das Vieh der Auswanderer billig zu kaufen gedenken. Un- serer Ansicht nach sollte es vor Allem die Pflicht der Geistlichkeit und der polnischen Volksblätter sein, die unwissende und leicht- gläubige Menge über das, was den Auswanderern in Amerika bevorsteht, aufzuklären, statt ihnen durch beständige Aufhegereien und durch Fzetern über die hiesigen „schrecklichen Zustände“ die Heimath noch mehr zu verleiden.

± Personal-Veränderungen im V. Armeecorps. von Maslow, Rittmeister, aggregirt dem Westpr. Kürassier-Regiment Nr. 5, als Esadrons-Chef in das Ostpreussische Kürassier-Regiment Nr. 3 Graf Wrangel einrangirt. Graf Wendel von Donners- mark, Portepes, vom Regiment der Gardes du Corps, in das Westpr. Kürassier-Regiment Nr. 5 veretzt.

△ Posener Schachklub. Am 3. Februar d. J. begeht der Po- sener Schachklub sein erstes Stiftungsfest. Wie uns mitgeteilt wird, soll dasselbe durch ein Festturnier mit Preisvertheilung, Konzert und Festvorstellung gefeiert werden.

r. Im Verein der deutschen Fortschrittspartei hielt am 26. d. M. im Handelsjaale Herr Schriftsteller A. Stark vor zahlreichen Zuhörern einen Vortrag über den Liberalismus in Deutsch- land. Der Vortragende ging davon aus, daß die Geschichte der Menschheit ein stetes Fortschreiten dokumentire, und daß sich in der- selben bestimmte Entwicklungspunkte und Motoren hervorheben; als solche seien die neue Weltanschauung des Christenthums, die Völker- wanderung, die Entdeckung Amerikas, die Reformation, die Erfindung der Buchdruckerkunst, die erste französische Revolution, die Erfindung der Dampfmaschine u. z. zu bezeichnen; dagegen fehle es auch nicht an dunklen Punkten, und einen solchen bilde insbesondere das Papstthum, sowie die Abhängigkeit des Staates von der Kirche. Redner bezeichnete alldann als Aufgabe seines Vortrages die Schilderung des Liberalis- mus, wie er sich im Gegensatz zum stabilen Konservatismus, dem Gemüth jeder naturgemäßen Entwicklung, in Deutschland entwickelt habe. Es wurden nun zunächst die traurigen unheilbaren Zustände, wie sie sich in jedweder Beziehung im deutschen Reiche während des 17. und 18. Jahrhunderts herausgebildet hatten, die grenzenlose Kon- fusion, die politische Zerrissenheit, der Mangel jedes politischen Be- wußtseins, das Darniederliegen der Gewerbsthätigkeit u. z. geschildert und gezeigt, wie im vorigen Jahrhundert der freie Geist immer mehr Bo- den gewann, wie dieser Geist unter Friedrich d. Gr. an dem jungen aufstrebenden Staate Preußen eine Stütze erhielt, wie auf den Königs- thronen in Preußen und Oesterreich der Liberalismus Platz nahm, und ein wie ungeheurer Sprung zwischen dem Grundzuge Ludwig XIV.: L'état c'est moi und dem Ausspruch Friedrichs d. Gr.: „Der König ist der erste Diener des Staates“ sei. Unter der Regie- rung Friedrichs d. Gr. und Josephs II. habe die Presse einen berech- tigten, freieren Ausdruck erhalten, wiewohl die Press-Gesetzgebung noch das Gepräge der Willkür getragen, und selbst ein hervorragender Geist damaliger Zeit, Schöber, die Alleinweisheit der Behörden gepredigt habe; so sei Prinzipienlosigkeit im Allgemeinen noch der Charakter der Presse damaliger Zeit gewesen. Nachdem der Adel immer mehr an Einfluß und Ansehen verloren, auch in den Reichsstädten die Zustände immer trauriger geworden, sei die französische Revolution vom Jahre 1789 gekommen. Möge man über dieselbe denken, wie man wolle, so viel stehe jedoch fest, daß sie eine natürliche Nothwendigkeit gewesen, indem sie die ganze, unbaltbar gewordene feudale Ordnung eines Jahr- tausends niederriß. Auch in Deutschland habe die französische Revo- lution bedeutenden Einfluß geübt, nachdem der Boden bereits zuvor durch die französischen philosophischen Lehren vorbereitet worden war. Das h. römische Reich deutscher Nation hörte zu ergründen auf, der feudale Bestand zwischen Kaiser und Reichsfürsten löste sich, und die große Masse des Volkes nahm dieses Ereigniß gleichgiltig auf. Nachdem so die traurigste Epoche unserer Geschichte ihr Ende erreicht, begann eine bessere Zeit zu dämmern. Nach der Niederlage bei Jena und Auerstädt sei eine gehobene Stimmung unter das Volk gekommen; aber obwohl die Könige von Preußen an der Hebung der niederen Volksklassen ge- arbeitet hätten, habe der bürokratische Geist der letzten Zeit doch keine Erfolge aufkommen lassen. Es habe dazu erst der Wirksamkeit eines Steins bedurft, dessen Streben gewesen sei, den sitti- lichen, religiös-vaterländischen Geist im Volke zu heben. Sowohl Stein, wie vor ihm schon Hardenberg, hatten eine Reorganisation des Staa- tes nach den Prinzipien der Revolution im guten Sinne als notwen- dig bezeichnet, um eine Besserung der verrotteten Zustände herbeizufüh- ren, aber Steins Vorschläge fanden bei den Offizieren vielen Wider- stand, und den nationalen Bestrebungen Preußen, die sich auch auf die Reorganisation des Heerwesens durch Scharnhorst erstreckten, stellten sich in Deutschland der Rheinbund und sonstige französischfeindlich, Bestrebungen entgegen. Erst nach der Entlassung Steins seien unter Hardenberg die von Stein beantragten Reformen, die Aufhebung d r

Erbsunterthänigkeit, die Städteordnung, welche den Städten die frühere Selbstregierung wiedergeben sollte u., eingetreten, obgleich die Privilegien gegen manche dieser Reformen sich heftig regten. Diese neuen Ordnungen haben, trotz aller ihnen noch anhaftenden Mängel, doch mächtig dazu beigetragen, die sittlichen Kräfte des Volkes zu heben, so daß, als der Aufruf i. J. 1813 erscholl, sich die Opferwilligkeit des Volkes aufs Glänzendste bewährte. Vor Allem sei es der frische Geist der Zeit, der Liberalismus gewesen, welcher damals das Vaterland gerettet und befreit habe. — Aber die Hoffnungen der Liberalen seien nicht in Erfüllung gegangen, es sei eine Zeit der traurigsten Reaktion gegenüber allen freieren Bestrebungen eingetreten. Diese Epoche, während deren Männer der Wissenschaft und Dichtung dem Geiste des deutschen Volkes Ausdruck gegeben, habe erst mit dem Jahre 1848 ihr Ende erreicht. Aber nach dem frischen Aufschwunge dieses und der nächsten Jahre sei auf's Neue eine Reaktion eingetreten und die in den Jahren 1848 und 1849 gegebenen Verheißungen seien von der Regierung nicht gehalten worden. Trotzdem sei der einmal vorhandene Liberalismus nicht zu befeigen gewesen und alle ferneren Erregenschaften seien Werke des deutschen Liberalismus. Nachdem durch die Ereignisse der Jahre 1870 und 1871 Deutschland geeint worden und man sich dieses geeinte Deutschland nur frei vorstellen konnte, habe auch Bismarck sich der freiheitlichen Richtung zuwenden müssen. Die liberale Partei habe sich mit dem Glauben an den Liberalismus der Regierung beruhigt, aber die Sache sei anders gekommen, als man erwartet habe. Der Liberalismus werde von seinen Gegnern als der Sündenbock für alles Gefährliche bezeichnet und soll die Religion zerstört haben, während doch in Wahrheit die Zustände der Gegenwart das Resultat des Zusammenwirkens von Religion und Absolutismus sind; ein todter kirchlicher Formalismus könne unserer Zeit nicht helfen, wie dies das Beispiel derjenigen Staaten, in denen derselbe vorwieg, am besten beweise. Wer von echtem Liberalismus durchdrungen sei, werde auch sein Vaterland lieben. — Wer die deutsche Geschichte kennt, der wisse, daß es die liberalen Ideen gewesen sind, welche uns die Einheit gebracht, welche Gewerbe und Verkehr frei gemacht, die Zustände der Schule, der Presse u. zu besseren und freieren gestaltet haben. Alle Fortschritte unserer Humanität haben wir dem Liberalismus zu verdanken, der zum Frieden führe, während der Absolutismus Unfrieden erzeuge. Der große Umschwung in der Weltanschauung lasse sich nicht mehr zurückdrauben, und getrost können wir dem Gebahren der Reaktion entgegensehen. Aber der Siegespreis werde nicht ohne Mühe in den Schoß fallen, und ein Volk, welches das allgemeine Stimmrecht besitzt, müsse mitarbeiten für Fortschritt und Liberalismus zum Gedeihen eines freien Volksweins. — Die Versammlung sprach nach diesem 1stündigen Vortrage in Folge der Aufforderung des Vorsitzenden dem Redner ihren Dank durch allgemeines Aufstehen aus.

z. Tirschtiegel, 22. Januar. [Stiftungsfest des Volksbildungsvereins.] Im Brunnen ertränkt. Diphtheritis.] Vorgesetzt beging der hiesige Volksbildungsverein im Zweiger'schen Saale sein erstes Stiftungsfest, welches von den Mitgliedern, die allen Gesellschaftsklassen, vom Gutsbesitzer bis zum einfachen Handwerksgehilfen, angehören und auch von mehreren auswärtigen Gästen sehr zahlreich besucht war. Eingeleitet wurde die Feier durch eine Festrede des Schriftführers, Lehrers Beder. Redner sprach vor Allem seine Freude darüber aus, daß der Verein, der namentlich in der ersten Zeit seines Bestehens mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, im Stande ist, sein Stiftungsfest mit doppelt so viel Mitgliedern zu feiern, als er in den ersten Monaten nach seiner Gründung zählte. Sodann ließ er sich über die Bestrebungen der Volksbildungsvereine des Weiteren aus und gab schließlich der Hoffnung Raum, daß sich der hiesige Verein auch im künftigen Jahre weiter entwickeln und kräftigen werde. Nach der Festrede folgten einige Musikstücke, vorgetragen von der Musikkapelle des Herrn Schnepf aus Albertshaus bei Karlsbad in Böhmen. Darauf folgte eine Dilettanten-Theater-Vorstellung, ausgeführt von mehreren Mitgliedern des Vereins. Ge spielt wurde „Das Stiftungsfest“ und „Der gebildete Hausknecht.“ Die Paufen wurden von der obengenannten Musikkapelle auf das Angenehmste ausgefüllt. Dem Theater folgte ein Tanzkränzchen welches den allergrößten Theil der Festtheilnehmer bis um 4 Uhr Morgens in der besten Weise zusammenhielt. — In der vorigen Woche erkrankte sich in dem etwa 10 Kilometer von hier entfernten Dorfe Dirlkelt die Frau eines dortigen Eigentümers in dem auf ihrem Hofe befindlichen Brunnen. Der Besorbenen brannten im vorigen Sommer sämtliche Wirtschaftsgebäude ab und der Gedanke an das gehabte Unglück störte ihren Geist derartig, daß sie in einem Anfälle von Schwermuth sich selbst das Leben nahm. — In letzter Zeit sind hier und in der Umgegend wieder mehrfache Erkrankungen an der Diphtheritis vorgekommen, welche in einzelnen Fällen den Tod der Erkrankten zur Folge hatten.

z. Kosen, 22. Januar. [Landwehrfest.] Zur Feier der Proklamtion des deutschen Reiches veranstaltete am 18. d. Mts. der Vorstand des Koser Landwehr-Vereins im Krüger'schen Saale hieselbst ein patriotisches Fest. Das Festprogramm war ein sehr reichhaltiges. Es kamen vier kleinere Theaterstücke zur Aufführung, welche sich bei den Festgenossen ungetheilten Beifall errangen. Auch muß den Mitwirkenden rühmend nachgelobt werden, daß sie die ihnen übertragenen, zum Theil recht schwierigen Partien mit großer Sicherheit wiedergaben. Die Festrede wurde vom Ober-Stabsarzt a. D. Herrn Kreis-Physikus Dr. Ligner gehalten, welcher den Kameraden die Bedeutung des Tages und die Veranlassung zu seiner Feier ins Gedächtniß rief. Sodann folgte ein Tanzvergnügen, welches die Mitglieder bis zum frühen Morgen in ungekürzter Freude zusammenhielt.

z. Riffa, 22. Januar. [Abiturienten-Examen.] Winterfeste von Vereinen. Konzert auf dem Schloß. Vorlesungen des Professor v. Schlagintweit. Remonten.] Die Oberprima unseres Gymnasiums zählt in diesem Semester 8 Schüler, welche sich ausnahmslos zu dem demnächst stattfindenden Abiturienten-Examen gemeldet haben. Die schriftlichen Arbeiten für dieses Examen sollen in Rücksicht auf den diesmal so frühzeitigen Schluß des Schuljahres schon am 1. Montag den 26. d. M. beginnen und wird die mündliche Prüfung aller Wahrscheinlichkeit nach am Montag d. 1. März er. hier abgehalten werden. — Nachdem die dritte und vierte Kompanie unseres Kriegervereins bereits am vorigen Sonnabend in dem Lokale der Villa Ragner ihr diesjähriges Winter-Vergnügen gefeiert hat, werden die erste und zweite Kompanie dieses Vereins in dem Saale des Herrn Ragner ihre Winterfestlichkeit begeben. — An demselben Abend versammelt sich der Verein „Freiwillige Feuerwehr“ in Wolfrubum in dem Gringmuth'schen Lokale zur Feier seines Winterfestes. Dasselbe wird in einer theatralischen Vorstellung und einem darauf folgenden Tanzvergnügen bestehen. — Morgen versammelt sich unser Männer-Turnverein im Schützenlaale zur Berathung über Zeit und Ort der Feier seines Stiftungsfestes. — Der Winter ist den Schlittschuhläufern in seltener Weise günstig. Zur Erhöhung des Vergnügens haben die Pächter der Eisbahn für den künftigen Sonntag ein Konzert auf dem Eise zu veranstalten beschlossen, wenn die Witterung ihnen nicht inzwischen einen Streich spielt. — Hr. Professor Robert v. Schlagintweit aus Gießen wird uns an zwei auf einander folgenden Abenden in der Prima unseres Gymnasiums zwei höchst interessante Vorträge auf Grund eigener Anschauung und unter Benützung einer Anzahl Photographien und Stereoskopbilder halten. Am ersten Abend wird der weitgereiste Mann über die wichtigsten Völker Indiens, namentlich die Hindus und am folgenden über die nordamerikanischen Indianer sprechen. — In dem verfloffenen Jahre sind im Regierungsbezirk Posen 276 Pferde auf den verschiedenen Remontemärkten angekauft worden. Der gezahlte höchste Preis betrug 1200 Mark, der Durchschnittspreis 663,99 Mark pro Pferd.

z. Ostrowo, 23. Januar. [Abschiedsfeier.] Schwurgericht.] Heute findet im Schwalbischen Saale ein Diner statt zu Ehren des von hier scheidenden Kommandeurs des hiesigen Bataillons, Oberstleutnant von Mühlberg. Derselbe ist zum Infanterieregiment Nr.

39 nach Düsseldorf versetzt und verläßt uns in diesen Tagen. Als einstweiliger Kommandeur des hier garnisonirenden 2. Bataillons des Niederschlesischen Infanterieregiments Nr. 50 fungirt Hauptmann von Laurin. — Die Sitzungen des am 19. begonnenen Schörringergerichts werden bis zum 28. incl. dauern. Unter den bereits erledigten und noch zur Verhandlung vorliegenden Sachen spielen Meineid und Brandstiftungen eine hervorragende Rolle.

z. Schöffen, 27. Januar. [Familienelend.] Mit Bezug auf den Artikel aus Schöffen in Nr. 64 der Zeitung theile ich mit, daß auch die hinterbliebene Ehefrau des Grzejnowia in Woroniecz-Mühle bereits am 19. d. M. verstorben ist, so daß der Typhus den Mann, die Frau und ein Kind dahingerafft hat, während drei Waisen in der entsetzlichsten Lage zurückbleiben. Hüfe thut hier dringend Noth.

z. Inowrazlaw, 25. Januar. [Kreistagsbeschlüsse.] Rohlundungsvergütung. Vereinsleben.] In der ersten diesjährigen Sitzung des hiesigen Kreistages wurde u. A. beschlossen, eine Kreditsanleihe von einer Million Mark aufzunehmen. Die Anleihe soll zur Einlösung der 5prozentigen Anleihe aus dem Jahre 1869 und zum Erwerb des Terrains für die Schiffbarmachung der oberen Netze, sowie zur Verbesserung der inneren Kommunikationen des Kreises verwendet werden. Die Anleihe soll mit 4½ Prozent verzinst und mindestens mit 1 Prozent unter Zuwachs der Zinsen der amortisirten Schuldverschreibungen getilgt werden. Ein Antrag auf Bewilligung einer Subvention des Kreises in Höhe von 50,000 Mark für eine vom Steinsalzbergwerk bis zur Montwibrücke zu erbauende Sekundärbahn wird als erledigt angenommen, da der Bau dieser Bahnstrecke anderweitig in Aussicht genommen worden ist, dagegen werden die Kosten zu den Vorarbeiten für die qu. Bahn in Höhe von 1350 Mark bewilligt. Der Kreis-Kommunalkassen-Etat pro 1880/81 wird in Einnahme und Ausgabe auf 231,400 Mark, der Etat des Kreis-Krankenhauses auf 7700 Mark festgestellt. — Vor einigen Tagen ist hier ein seit 5 Monaten verheirathetes Ehepaar, der 26jährige Bergwerksarbeiter Klinkasak und seine 18jährige Gattin das Opfer einer Rohlundungsvergütung geworden. Die jungen Leute hatten, wie das leider immer wieder geschieht, die Klappe des mit Steinkohlen gefüllten Dfens Abends zu früh geschlossen und die Mutter der Frau fand ihre Kinder Morgens bewußtlos vor. Die sofort zur Stelle geschaffte ärztliche Hilfe erwies sich erfolglos. — Das Vereinsleben steht in unserer Stadt in vollster Blüthe. Nachdem in der ersten Hälfte des Winters in allen Vereinen Vergnügungen veranstaltet worden waren, haben auch in der zweiten Hälfte schon einige Winterfeste stattgefunden, andere sind in Aussicht genommen. Am 10. und 11. d. M. fand in Weß „Hotel zur Stadt Rojen“ ein großer Polenball statt, dem am 3. Februar ein zweites derartiges Vergnügen folgen soll. Am 17. fand im Schützenverein ein Ball, am 24. im Männer-Gesangsverein eine theatralisch-musikalische Abendunterhaltung statt. Am 7. Februar veranstaltete der Männer-Turnverein ein Wintervergnügen, am 14. Februar der Handwerkerverein einen großen Maskenball. — Im Handwerkerverein hielt am 20. d. Mts. der Schriftsteller Lange aus Dresden einen Vortrag über „Australien“. Der Vortrag fand bei dem zahlreich versammelten Auditorium lebhaften Beifall. In demselben Verein wird in den nächsten Tagen der Prof. R. v. Schlagintweit ebenfalls einen Vortrag halten. — Die Vereine suchen indeß auch auf andere Weise ihre Interessen zu fördern und für die Unterhaltung ihrer Mitglieder zu sorgen. So fand am 17. eine Generalversammlung des im November vorigen Jahres ins Leben getretenen Beamtenvereins statt, deren Verhandlungen die zahlreich Anwesenden lebhaft interessirten und in Folge davon dem Verein 15 Mitglieder beitraten. Am demselben Abend fand die erste diesjährige Sitzung des Pestalozzivereins statt, der ebenfalls einen lebhaften Aufschwung nimmt, und dessen Mitgliederzahl in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits auf ca. 80 gestiegen ist. Dem Verein ist auch der hiesige Kaufmann J. Lewy als Mitglied beigetreten.

z. Schneidemühl, 23. Januar. [Aufgehobener Protest.] Konzert.] Gegen die Entscheidung unseres evangelischen Gemeinderathes, welcher die am 4. Januar e. stattgefundenen kirchlichen Wahlen annullirte, indem er den erhobenen Protest für begründet erachtete, wollte man bei dem Kreisynodalvorstande einen erneuten Protest erheben. Es wurde aber von diesem beabsichtigten Proteste Abstand genommen, und wird die Neuwahl definitiv am 1. Februar abgehalten werden. — Das Konzert, welches der Gesangverein für gemächten Chor gestern unter Leitung seines Dirigenten Piper gab, und zwar zum Besten der hiesigen Armen, war überaus zahlreich besucht und lieferte einen Ertrag von 183,66 M.

Landwirthschaftliches.

z. Schneidemühl, 25. Januar. [Landwirthschaftlicher Verein.] In unserem landwirthschaftlichen Vereine wurde gestern von dem Landwirthschaftslehrer Plüder aus Posen ein sehr gediegener Vortrag über die Milchverwerthung in kleineren Wirthschaften gehalten. Herr Plüder lenkte die Aufmerksamkeit besonders auf drei Punkte. Man müsse 1. die Qualität des Milch, Butter und Käse zu verbessern suchen, 2. den Geschmack des Publikums und die Anforderung der Märkte studiren, 3. die Betriebskosten zu verringern suchen. Die Preise von Milch und Fleisch wären hier in stetem Steigen gewesen und könne man behaupten, daß in ca. 50 Jahren in dieser Beziehung eine Preiserhöhung von 100 pCt. eingetreten wäre. Wollte man nun die Milchprodukte zu den höchsten Preisen verwerthen, so empföhlen sich besonders Genossenschaften. In dieser Beziehung erinnere er besonders an Josmar bei Hildesheim. Dort hätte man quantitativ die besten Resultate erzielt und den bedeutenden Preis von 1,40 M. pro Pfd. In kleineren Wirthschaften wäre der Werth der eigenen Verbutterung mindestens zweifelhaft, überdem wären in einer kleineren Wirthschaft die Rückstände schwer zum höchsten Preise zu verwerthen. Das Verfahren bei Gewinnung der Butter, besonders das von Schwarz erörterte, Herr Plüder sehr anschaulich. Der Vorsitzende, Gutsbesitzer Neumann aus Wilhelmshöhe bei Uich, resumirte den gehaltenen Vortrag und wies seinerseits, was die Bildung von Molkereigenossenschaften anlangte, namentlich auf die Schwierigkeit des Milchtransportes hin; das Ausrahmen der Milch würde namentlich durch weiteren Transport erschwert. Herr Plüder, welcher noch einmal das Wort ergriff, wies noch auf die Unzuverlässigkeit der vorhandenen Milchmesser hin und empfahl sehr dringend das Halten des „Landwirthschaftlichen Zentralblattes“. Die nächste Vereinsitzung wird für den 8. März angelegt. Es wird dann auch die Vorstandswahl vorgenommen und die Besichtigung der Ausstellung in Bromberg besprochen werden. Als Thema für die nächste Vereinsitzung schlägt Gutsbesitzer Kroeder in Koschus vor, ob sich hier die Einrichtung einer Molkereigenossenschaft empfehle und welche Hindernisse dem entgegenständen.

r. Bürger-Versammlung in Angelegenheit der Kommunalsteuer.

Die Bürgerversammlung, welche am 27. d. M. im Saale des Hotel de Sage unter Betheiligung von ca. 300 Steuerzahlern in Angelegenheit der vom Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung beantragten Erhöhung der Kommunal-Einkommensteuer von bisher 110 auf 180 Prozent stattfand, wurde im Namen des Komitès, welches die Versammlung berufen hatte, 8½ Uhr Abends von Herrn v. Zedtwitz eröffnet. Derselbe wies darauf hin, daß von den Mitgliedern des Komitès schon zweimal ähnliche Versammlungen berufen worden seien, zur Zeit, als der Stadt die Kanalisierung und damit eine unerhörte Steuerlast drohte, sowie damals, als die Schlachtsteuer aufgehoben werden sollte. So wie beide früheren Versammlungen günstige Resultate im Gefolge gehabt, so werde es auch hoffentlich diesmal gelingen, eine Erhöhung der

Kommunal-Einkommensteuer auf 180 Prozent der Klassensteuer von den Steuerzahlern unserer Stadt abzuwenden. — Nachdem hierauf Kaufmann Malade durch Affkamation zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt worden war und die Wahl angenommen hatte, ernannte derselbe unter Zustimmung der Versammlung zu Beisitzern die Herren v. Zedtwitz, Mattheus, Vollhase, Ed. Krug, Tumann, Brzozowski, Hoffmann und Kaminski, von denen der Letztere das Protokoll führte.

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß nach einem Ausspruche des Abg. Meyer (Arnsvalde) eine Stadt, die 200 Prozent an Kommunalsteuer zu zahlen habe, zu Grunde gehen müsse, daß aber ein so hoher Betrag auch in Posen beinahe schon erreicht werden solle, und ertheilte sodann Herrn Mattheus zum Referate in der vorliegenden Angelegenheit das Wort. — Kaufmann Mattheus machte zunächst Mittheilungen darüber, wie außerordentlich der Kammereffizienetat während der letzten 10 Jahre angewachsen sei. Im Jahre 1869 habe der Etat in Einnahme und Ausgabe mit 447000 M. balancirt, 1879 sei er auf 1,195648 M. angewachsen. Die Befolgungen von Magistratsbeamten erforderter im Jahre 1879: 33600 M., an Bureau- und Kassenbeamten zusammen 51574 M., von Unterbeamten 18490 M.; andere persönliche Ausgaben an Remunerationen für Bureau- und Kassengehilfen betrugen 28400 M.; an Pensionen waren 14808 M. erforderlich; und während im Jahre 1869 für Befolgungen der städtischen Beamten nur 63000 M. verausgabt wurden, sei diese Summe pro 1879 auf 156000 M., also etwa auf das 2½fache angewachsen. Die rathhäusliche Bedürfnisse erforderter 1879: 19000 M.; die Provinzialbeiträge seien auf 78000 M. angewachsen; die Kosten für die Armenverwaltung haben sich vermindert, und erforderen nur einen Zuschuß von 122757 M. Ganz bedeutend dagegen seien die Ausgaben für das Schulwesen gestiegen, im Ganzen auf 301430 M., wovon allein auf die Realschule 60538 M. entfallen, und die 4 Stadtschulen 137420 M. erforderen. Zu Polizeiwesen seien 37043 M. erforderlich. Gegenüber dieser außerordentlichen Steigerung der Ausgaben sei in Betracht zu ziehen, daß die Einwohnerzahl in den Jahren von 1869 bis 1879 nur um ca. 5000 gestiegen sei. Aus dem Reichs-Zuvaldenfonds sei zur Ausführung von Bauten, und zur Ablösung von Stadtschulden ein Darlehn von 2,250000 M. aufgenommen worden; die alten Stadtschulden seien abgelöst, die projektierten Bauten, mit Ausnahme der Kanalisation, ausgeführt worden und bis zum Jahre 1912 werde die Stadt die Zinsen und Amortisationskosten für dieses Darlehn zu zahlen haben. Auch erforderen die städtischen Wasserwerke noch andauernde Zuschüsse. — Angesichts dieser immer mehr zunehmenden Ausgaben sei es an der Zeit, unsere städtischen Behörden daran zu erinnern, daß die arme Kommune Posen für die Gegenwart mehr als genug gethan, indem sie viele kostspielige Bauten ausgeführt hat, und daß, wenn unsere Steuerkraft noch mehr als bisher angespannt wird, wir darüber zu Grunde gehen müßten. Am meisten leide der Mittelstand, indem die Reideren über 9000 Mk. jährlichen Einkommens durch die Art der Umlegung der Steuern entlastet, dagegen der Mittelstand bis zu 9000 Mark Einkommen um so mehr mit Steuern belastet worden sei. Die Versammlung möge demnach die städtischen Behörden um eine andere Art der Umlegung der Steuern, sowie um Ausdehnung der Schlachtsteuer auf Federvieh, und Einführung eines kleinen Schulgeldes in den Stadtschulen ersuchen, um dadurch die städtischen Einnahmen zu erhöhen; außerdem mögen die städtischen Behörden um thünlichste Sparamkeit und Verminderung der städtischen Ausgaben ersucht werden; zu diesem Behufe werde sich eine Beschränkung der Ausgaben für die städtischen Beamten, die Uebertragung der Funktionen eines Standesbeamten an einen Stadtschreiber, die Beschränkung des Verwaltungsapparats und der rathhäuslichen Bedürfnisse, sowie die Uebernahme der städtischen Realschule durch den Staat empfehlen; auch sei die Stadtverordnetenversammlung zu ersuchen, den Antrag des Magistrats auf Uebertragung der Baupolizei, welche bisher von Magistrat und Polizeidirektion gemeinsam geübt wurde, an den Magistrat allein abzulehnen.

Da die Angelegenheit der Ablehnung des Magistratsantrages in Betreff der Uebertragung der Baupolizei die dringendste war, insofern am Tage darauf diese Angelegenheit auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung stand, so wurde dieser Gegenstand zuerst verhandelt. Kaufmann Mattheus verlas den betr. Antrag des Komitès, welcher lautet: „Die heute zusammengetretene Bürgerversammlung beschließt im Hinblick darauf, daß der Magistrat beabsichtigt, die bisher von ihm und der künftl. Polizeibehörde geleitete Baupolizei auf den Magistrat allein zu übernehmen — die Stadtverordnetenversammlung zu ersuchen, ihre Genehmigung hiezu nicht zu ertheilen, sondern die Leitung der Bauangelegenheiten wie bisher zu belassen.“ Motivirt wurde dieser Antrag damit, daß Seitens des Staates schon überdies in neuerer Zeit viele Funktionen (die Führung der Zivilstandsregister, die Erhebung der Klassensteuer u.) den Kommunen übertragen worden seien, wodurch diesen großen Lasten und Kosten erwachsen, und daß es nöthig sei, durch Uebernahme der Baupolizei auf den Magistrat allein eine neue Last, die in Folge der Anstellung von neuen Beamten der Stadt eine jährliche Ausgabe von mindestens 6000 M. verursachen würde, aufzubürden. — Herr Karge sprach den Wunsch aus, daß seitens der städtischen Bauverwaltung bei Privatbauten die Ausführung gemäß dem Baukonsens überwacht und nicht später, wenn der Bau schon fertig sei, der Abbruch verlangt werde. — Es wurde hierauf der obige Antrag von der Versammlung angenommen; bei der Gegenprobe erhob sich Niemand.

Der zweite Antrag lautete: „Die Versammlung beschließt, an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, im Anschluß an die Petition des polener Bürgervereins vom 7. Juni 1875, das Gesuch zu richten, einen Beschluß der städtischen Behörden herbeizuführen, wonach, wie früher, der progressive Steuerfuß für die Einkommensteuerepflichtigen von 9000 M. und darüber von 3 Prozent auf 4 und ½ Prozent ausgedehnt ist.“ — Kaufmann Mattheus wies darauf hin, daß auf die damalige Petition vom Magistrat kein Bescheid ertheilt worden sei, daß es sich jedoch empfehlen werde, den Instanzenweg in dieser Angelegenheit, für die gegenwärtig eine bessere Aussicht als damals vorhanden sei, zu verfolgen. Allerdings werde es nicht in der Macht der Stadtverordnetenversammlung liegen, die Art der Umlegung sofort zu ändern, da nach einem Ministerialreskript die Einkommensteuerepflichtigen nicht höher als mit 3 Prozent besteuert werden sollen; doch werde sich eine Milderung des Ministerialreskripts vielleicht erzielen lassen, wenn die städtischen Behörden darum beim Herrn Minister petitionirten. Durch die Art der Steuer-Umlegung mit nur 3 pCt. sei ein Ausfall von jährlich 120,000 Mk. herbeigeführt worden, der von den Minderbegüterten unter 9000 Mk. gedeckt werden müsse. Kaufmann Ed. Krug stellte das Amendement, die Ausdehnung des progressiven Steuerfußes von 3 auf 4 und 5 pCt. (statt 4½ pCt.) zu beantragen, da auch Diejenigen, die mit 4½ pCt. besteuert werden sollen, noch immer zum Mittelstande zu rechnen seien. — Dieses Amendement wurde mit dem obigen Antrage, unter Abänderung von 4½ in 5 pCt., angenommen.

Der dritte Antrag bezog sich auf die Ausdehnung der Schlachtsteuer auf Federvieh. Es wurde aus der Mitte der Versammlung darauf hingewiesen, daß die Armen dadurch nicht besteuert werden würden, da Federvieh vornehmlich von den Wohlhabenden konsumirt werde und daß die Einziehung der Steuer keine besonderen Kosten verursachen werde, da sie von den vorhandenen Steuerbeamten ausgeführt werden könne.

Ueber den vierten Antrag, betr. die Einführung eines Schulgeldes für die vier Stadtschulen, entspann sich eine längere Debatte. — Kaufmann Mattheus motivirte diesen Antrag des Komitès damit, daß durch ein kleines Schulgeld die Schule für die unteren Volksschichten mehr Werth gewinnen werde, daß von manchen Lehrern selbst die Einführung eines solchen Schulgeldes empfohlen werde, und daß bei der Ueberfluthung der Stadt mit arme-

ren. Zugunsten in Folge der Freigabe ein kleines Schulgeld wohl gerechtfertigt erscheine, welches, wenn es auch den ärmsten Schülern erlassen werde, doch einen Ertrag von jährlich ca. 15,000 M. ergeben würde; die Einziehung desselben könnte durch die Lehrer erfolgen. — Kaufmann Kirsten sprach sich gegen die Einführung des Schulgeldes im Interesse der ärmeren Klassen aus, zumal ja der Schulbesuch obligatorisch sei, es überdies sehr schwer fallen würde, die Grenze zu ziehen, von wem Schulgeld zu nehmen sei, von wem nicht. Auch sei es nicht Sache des Lehrers, Schulgeld einzuziehen; jedenfalls würde das einkaufende Betreiben desselben sehr viel kosten. Wenn gegenwärtig die Stadt die Schulen große Ausgaben verurtheilt, so liegt die Ursache hiervon darin, daß früher lange Zeit für die Schulen nichts geschehen sei. Das für die Schulen verausgabte Geld sei kein todttes Kapital; je mehr für die Schulen verwendet werde, desto mehr Vortheil werde daraus der Gemeinde für die Zukunft erwachsen. (Beifall.) — Kaufmann Mattheus machte hiergegen geltend, daß dort, wo Schul-Sparcassen eingerichtet sind, die Lehrer gleichfalls das Geld von den Kindern entgegennehmen, und daß auf dem Lande und in den kleinen Städten, wo Schulgeld eingeführt sei, dies von den Lehrern erhoben werde. — Polizei-Inspector Glasmann wendete gegen das Schulgeld in den Freischulen ein, daß dadurch der Vortheil, der durch die heutigen Anträge den ärmeren Volksklassen gebracht werden solle, mehr als aufgewogen werden und dadurch nur eine Mehrbelastung derselben sich ergeben würde. — Kaufmann Kirsten wies noch darauf hin, daß die Anzahl derjenigen Kinder in den Freischulen, welche zur Zahlung des Schulgeldes herangezogen werden könnten, verschwindend klein sei, indem diejenigen Eltern, welche überhaupt ein Schulgeld aufbringen können, ihre Kinder in die Mittel- oder Bürgerchule schicken. — Der Antrag des Komites wurde schließlich zurückgezogen.

Der 5. Antrag betraf die Reduktion des Ausgabe-Stats, wie oben bereits angegeben. — Kaufmann Neuländer wies darauf hin, daß die Ausgaben für die jährlichen Kosten der Polizeiverwaltung sich von Jahr zu Jahr vermehren, und daß die Verarmung auch eine Verminderung dieser Kosten beantragen möge. Doch ergab sich nicht eine Majorität für die Erörterung dieser Angelegenheit. — Es wurde alsdann in eine Diskussion über den Antrag des Komites eingetreten. Was die Beschränkung bei den Ausgaben für die städtischen Beamten betrifft, so wies Kaufmann Mattheus darauf hin, daß zwar den Kommunen in neuerer Zeit durch den Staat viele Funktionen übertragen worden seien, daß aber die Anzahl von 46 etatsmäßig angestellten Beamten denn doch bei guter Organisation zu groß sein dürfte. — Die Versammlung erklärte sich hierauf mit dem Antrage in Betreff der Beschränkung der Ausgaben für die städtischen Beamten einverstanden, ebenso damit, daß die Funktionen eines Standesbeamten einem Stadtschreiber übertragen werden, während der damit bisher beschäftigte Stadtrath anderweitig Verwendung finden könne. Für den von Herrn Ruge unter großer Theilnahme der Versammlung gestellten Antrag, daß den Schiedsmännern die Funktionen von Standesbeamten übertragen werden, erhob sich bei der Abstimmung Niemand. — Was die Beschränkung des Verwaltungs-Apparates betrifft, so wies Kaufmann Mattheus darauf hin, daß die Trennung der städtischen Rassen in vier Theile, sowie die vielen Unterscheidungen, wo der Name eines Deputierten genügt, wohl unnötig seien, daß ferner die unbesoldeten Stadträte mehr, als dies bis jetzt der Fall sei, zu Beschäftigungen herangezogen werden könnten. Es wurde hierauf der Antrag des Komites angenommen; ebenso der Antrag in Betreff der Verminderung der rathhüslichen Bedürfnisse (besonders mit Bezug auf die Formulare); schließlich auch der Antrag in Betreff der Uebernahme der städtischen Real-schule auf den Staat; in Bezug auf letzteren Punkt wurde allerdings anerkannt, daß der Magistrat andauernd bemüht sei, eine derartige Uebernahme zu Wege zu bringen, die aber bis jetzt nicht gelungen sei; doch könne vielleicht jetzt, wenn dem Herrn Minister

die Lage der Stadtgemeinde und der Steuerzahler klargelegt werde, ein günstigeres Resultat erzielt werden. Hiermit war die Tagesordnung erledigt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, zu einem Vereine zusammenzutreten, der sich mit kommunalen Angelegenheiten, insbesondere auch mit den kommunalen Wahlen, beschäftigen möge. — Kaufmann Ed. Krug bezeichnete einen derartigen Verein, der die Stelle des Bürgervereins einnehmen möge, als einen sehr wünschenswerthen; nächste und wichtigste Aufgabe desselben würde es sein, auf eine Wiedereinführung der Malssteuer hinzuwirken und dadurch der Stadtgemeinde eine sehr bedeutende Einnahme wieder zu verschaffen. — Damit wurde die Versammlung ca. 10 Uhr Abends geschlossen.

Der deutsche Landwirthschaftsrath

trat vorgestern im Reichstagsgebäude unter Vorsitz des Herrn von Wedell-Malchow zu seiner 8. Sitzungsperiode zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. A. Zolltarif und Handelsverträge, Eisenbahntariff, die Kanalfrage, das Reichs-Wasserrecht u. c. Ein dringlicher Antrag des Herrn Knauer (Großes) betr. die Drainage-Frage unter Hinweis auf die Hungersnoth in Oesterreich wurde gleichfalls auf die Tagesordnung gesetzt. — Der erste Tag war dem Zolltarif und den Handelsverträgen in ihren Beziehungen zur deutschen Landwirthschaft gewidmet. Die Referenten Prof. Richter (Tharand) und Oekonomierath Korn (Breslau) hatten sich trotz mannigfach abweichender Standpunkte gemeinsam zu einer Reihe von Anträgen geeinigt, welche die etwaigen Erwerbsverhältnisse und Nöthigkeiten der Landwirthschaft bei der großen Zollreform ganz außer Acht lassen, von der Ansicht ausgehend, daß man jetzt auf weitere Aufhebung landwirthschaftlicher Zölle nicht dringen dürfe, und sich nur mit der Frage der Handelsverträge beschäftigen. Trotzdem kam es zu sehr energischen Plankämpfen zwischen Schutzöllnern und Freihändlern, da man an die Unternehmung ging, wie weit die Forderungen, der Landwirthschaft bei der Tarifreform erfüllt seien. Es ist zu bemerken, daß auch die Schutzöllner zugaben, daß man die Bedeutung der Getreidezölle für die Landwirthschaft überschätzt habe, daß dagegen von dieser Seite Forderungen angemessen wurden, daß die Preise mit den Zöllen nicht steigen sollten, daß sich vielmehr die allgemeinen Erwerbsverhältnisse zu heben beginnen. Die freihändlerische Minorität vertraten sehr energisch Herr Vogge (Hannover) neben ihm v. Borries (Lippe) und Frenzel (Ostpreußen), welche nachzuweisen suchten, daß die Landwirthschaft stark „über den Löffel barbiert sei“, da sie die Getreidezölle jedenfalls wieder opfern müssen, die Schutzöllle dagegen behalte und deshalb in üblicher Lage komme, als bisher. — Zur Annahme gelangte schließlich folgende Resolution: Der deutsche Landwirthschaftsrath wolle beschließen: I. Der Abschluß von Handelsverträgen unter Wahrung des Prinzips der meistbegünstigten Nation liegt im dringenden Interesse der Landwirthschaft. Ganz besonders ist der Abschluß eines derartigen Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn wünschenswerth. II. Die zur Herbeiführung solcher Abschlüsse stattfindenden Verhandlungen sind mit dazu zu benutzen, um sowohl den deutschen Export, einschließlich desjenigen der landwirthschaftlichen Produkte, als auch die Befreiung aller, unsere Ausfuhr schädigenden direkten und indirekten Export-Prämien, namentlich für Spiritus und Zucker, sowie die den deutschen Markt schädigenden Differential-Tarife und Refaktien in allen mit uns Handelsverträge abschließenden Ländern in wirksamster Weise sicher zu stellen. Bei einem Abschluß eines Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn sind folgende Punkte besonders zu berücksichtigen: 1. Der Wegfall der bisher zollfreien Einfuhr von Rohleinen über die böhmische und mährische Grenze. 2. Einem Antrage Oesterreich-Ungarns auf Herstellung einer gemeinsamen Veterinärgehegeung ist nicht Folge zu geben. III. Gleichzeitig ist gesetzlich zu bestimmen, daß bei Beförderung von ausländischen Produkten auf inländischen Bahnen — Zeiten der Noth ausgenommen — jede Bevorzugung des ausländischen Frachtgutes gegen das gleichartige

inländische durch Ausnahmerate (Differentialfrachtrate) oder Refaktien verboten werden. IV. Der deutsche Landwirthschaftsrath beauftragt seinen Vorstand, von den vorstehenden Resolutionen und den darüber stattgefundenen Verhandlungen dem Herrn Reichskanzler, dem Bundesrath und dem Reichstage Mittheilung zu machen.

Was vorgestern die Eisenbahntariff-Frage nur gestreift, so wurde dieselbe gestern auf Grund eines Referates des Gutsbesizers Ahlemann (Görlitz) gründlich erörtert, und schließlich ein Antrag des Vorstehers von Wedell-Malchow einstimmig angenommen, in welchem erklärt wird, daß die Einführung einer zweiten ermäßigten Stückgut-Klasse im dringenden Interesse der deutschen Landwirthschaft liege. — Hierauf gab Prof. Richter (Tharand) einen kurzen Ueberblick über den augenblicklichen Stand und die neuesten Vorgänge auf dem Gebiete des Versicherungswesens in Deutschland. Er berührte am Schluß des Referates auch die Frage des Reichsversicherungsgesetzes. Durch das Schreiben des Reichskanzlers vom 4. August an den Bundesrath sei die Frage der etwaigen Regelung des Versicherungswesens von Reichswegen stark in den Vordergrund gedrängt worden. Zur Zeit sei man mit dem Entwurf eines Versicherungsgesetzes beschäftigt, das schließlich aber schon im nächsten Reichstag zur Verhandlung kommen werde. Er beantragte deshalb die Niederlegung einer Kommission, welche die ganze Versicherungsfrage vorbereite, um dem nächsten Landwirthschaftsrath zur Stellung eont. Anträge zum Versicherungsgesetz zu befähigen. Nach einer kurzen Debatte beschloß die Versammlung, eine Kommission niederzusetzen mit dem Auftrage, die Frage zu bearbeiten, ob und in welcher Richtung der Erlaß eines Reichsversicherungsgesetzes im Interesse der deutschen Landwirthschaft erwünscht ist. Bei der nun folgenden Debatte über die Viehschuttschuldung wurden eine Anzahl Beschlüsse gefaßt, als deren wichtigsten wir den folgenden hervorheben:

„In Erwägung der großen Verluste, welche dem Deutschen Reiche und der deutschen Landwirthschaft durch Einschleppung von Viehschaden aus Rußland und Oesterreich-Ungarn zugefügt werden, und in Erwägung, daß Grenzsperrn und Vieheinfuhrverbote nur dann helfen können, wenn sie streng und ohne Gestattung von Ausnahmebegünstigungen durchgeführt werden, eruchen wir den Herrn Reichskanzler auf Grund der ihm durch die Rinderpestgesetzgebung zugehenden und durch die bevorstehende Reichs-Viehschuttschuldung zu übertragenden Befugnisse dahin wirken zu wollen, daß die Ausnahmebegünstigungen von Grenzsperrn und Einfuhrverboten nicht ertheilt werden. Nur für den Bedarf gewisser Bezirke an der Grenze zwischen Bayern und Böhmen-Tirol in Oesterreich können unter Bestimmung geeigneter Kontrolle und Observation der Thiere in den Ställen Ausnahmen gestattet werden.“

Aus dem Gerichtssaal.

* Der Miether einer Wohnung wird, nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts vom 25. November 1879, nur durch eine bezügliche, in den Miethvertrag ausdrücklich aufgenommene Bestimmung zur Veräufertung (Sublokation) der Wohnung an einen Anderen befugt. Die Streichung der üblichen Bestimmung in den gedruckten Vertragsformularen, durch welche die Veräufertung ausdrücklich verboten ist, genügt nicht zur Vertheilung der Befugnis zur Veräufertung. Selbst wenn erwiesenermaßen neben dem schriftlichen Miethvertrage gleichzeitig oder nachträglich durch mündliche Nebenabrede die Befugnis zur Veräufertung dem Miether vom Vermiether eingeräumt worden, so hat im Geltungsbereich des Preuss. Allg. Landrechts diese Nebenabrede keine rechtliche Bedeutung. Die mündliche Gestattung der Veräufertung neben einem darüber sich nicht ausprechenden schriftlichen Miethvertrage genügt nur dann, wenn die Gestattung auf die Veräufertung an eine bestimmte Person sich bezieht.

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Tarnowo unter Nr. 31 belegene, der verehelichten Agnes Wagner geborenen Mosspan und ihrem Ehemann Johann Wagner gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 12 Sektaren, 75 Aren, 90 Quadrathab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Neuertrage von 150 Mark 63 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 90 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 14. April 1880, Vormittags 10 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude, Zimmer Nr. 5 am Sapiehaplaze hier, versteigert werden.

Posen, den 27. Januar 1880.
Königl. Amts-Gericht.
Abtheilung IV.
Dr. Traumann.

Nothwendiger Verkauf.

Das in Posen auf der Vorstadt St. Martin unter Nr. 74 belegene, dem Lehrer Hermann Merzbach, jetzt dessen Erben und der Wittwe Dorothea Merzbach geb. Bach gehörige Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 4350 Mark veranlagt ist, soll zum Zwecke der Auseinandersetzung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 16. April 1880, Vormittags 10 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude, Zimmer Nr. 5, am Sapiehaplaze, hier, versteigert werden.

Posen, den 28. Januar 1880.
Königl. Amts-Gericht.
Abtheilung IV.
Dr. Traumann.

Nothwendiger Verkauf.

Das in Mogilno unter sub Nr. 120/125 belegene, dem Probsteipächter Stanislaus Sciernicki in

Paladzko koscielne gehörige Ackergrundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 20 Sektaren 35 Aren 40 Quadrathab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Neuertrage von 103 3/4 Thlr. soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege

der nothwendigen Subhastation

2. April 1880, Vormittags um 9 1/2 Uhr, im hiesigen Gerichtsgebäude, Schöffensaal, versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes vom dem Grundstück und alle sonstigen daselbst betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gefestigten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können im Bureau des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termin anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf den 3. April 1880, Vormittags um 11 1/2 Uhr, im Gerichtsgebäude hieselbst, Schöffensaal, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Mogilno, den 8. Januar 1880.
Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der Konkurs über das Vermögen der Kaufleute L. und M. Landsberger in Kafel ist durch Afford beendet.

Lobens, den 21. Januar 1880.
Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist bei Nr. 2 zufolge Verfügung vom 17. Januar 1880 Folgendes an demselben Tage eingetragen worden:

In der am 14. Dezember 1879 stattgefundenen General-Versammlung des Vorstehers von F. Lehne — eingetragene Genossenschaft — ist der bisherige Rentant Gottlieb Igner für die Zeit vom 1. Januar 1880 bis 31. Dezember 1882 als Rentant wiedergewählt worden.

Schönauke, den 17. Jan. 1880.
Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Am 23. März 1880

soll im Rathhause zu Punit Nachmittags 3 1/2 Uhr das dem Karl Stolpe gehörige Grundstück Smitowo 18 im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden. Daselbst ist eine Bauernwirthschaft mit 12 ha 72 a 60 qm Fläche und hat einen Neuertrag von 168,09 M., sowie einen Nutzungswert von 45 Mark.

Bojanowo, den 24. Jan. 1880.
Königl. Amtsgericht.

Die I. Lehrerstelle an der hiesigen 3klassigen, in nächster Zeit 4klassigen katholischen Schule, mit einem Gehalt von 1090 Mark neben freier Wohnung und incl. einer Brennmaterialien-Entschädigung von 90 Mark, ist vacant. Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht. Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung der Zeugnisse in Bälde an mich einreichen.

Schmiegel, den 26. Januar 1880.
Der Lokal-Schul-Inspektor.

Clemens, Bürgermeister.

Dr. Behring's

Kraft-Kaffee

per Pfund 65 Pfg. bei

S. Samter jr.

Mitteldeutscher Verband.

Mit Gültigkeit vom 1. Februar bezw. 1. März d. J. ist zu Sect 24/29 des Mitteldeutschen Verbandtarifs ein Nachtrag XXIII. herausgegeben worden, durch welchen Frachttarife für Reichsgüter, Station der Badischen Bahn, sowie Änderungen und Berichtigungen von Frachttarifen zur Einführung kommen.

Druckereemplare sind auf den Verbandstafeln käuflich zu haben.

Breslau, den 22. Januar 1880.
Direktion der Märktisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.

Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Ein Hausgrundstück, Kreisstadt Birnbaum, gut gelegen, mit einem 1- und einem 2stöckigen massiven Wohnhause, gr. Stallungen, Remisen, Speicherräumen, Hinterhause, zu jeglicher Anlage geeignet, umgahaler bald zu verkaufen. Miethen hoch und auf längere Jahre durch Verträge gesichert; Anzahlung nach Uebereinkunft. Offerten A. B. Birnbaum postlagernd erbeten.

Hotel-Verkauf

Breslau.

Ein altes renommirtes Hotel, im Innern der Stadt gelegen, mit Restauration und Ausspannung, ist bald zu verkaufen. Anzahlung Mk. 45,000.

Auf Anfragen wird Herr Kaufmann Kofa in Breslau, Ohlauerstraße 12, die Güte haben, zu becheiden.

Eine in Bromberg seit Jahren in gutem Betriebe bestehende

Gastwirthschaft

nebst gutem Restaurant,

beste Lage der Stadt, kann unter günstigen Bedingungen sogleich abgetreten werden. Abtreten von Bewerbern erbeten unter K. O. in der Expedition dieser Zeitung.

Ein Hengst,

dessen Nachkommen zu sehen sind, steht auf dem Dom. Chludow zum Ver., da die Galblutucht aufgehoben wird.

Mein in Pudewitz in der Czerniejewer Straße belegenes

Wohnhaus nebst Garten

und 2 Morgen Land ist aus freier Hand zu verkaufen. — Kauflustige können sich bei mir in Lednigora bei Pudewitz melden. Piotr Nowicki.

Zerlege heute ein wildes Schwein und mehrere Rebhühner.

Auer-, Birz- u. Gafelhühner, Krammets-Vögel empfiehlt

Paul Vorweg.

Heute grüne Flundern und frische Hechte, täglich geräucherte Speckflundern, Kieler Sprotten, Fettbücklinge und Spickale billigt bei B. Gottschalk, Bronnerstr. 24.

Fische! Lebende schönste Hechte u. große Zander, leb. große Karpfen, Barsen u. Schleie empfiehlt zu sehr billigen Preisen. Bestellungen zu Festlichkeiten auf Seefische, Steinbutten, Hummern, Fasanen u. c. werden stets aufs Billigste effectuirt bei Kletschoff, Krämerstr. 12.

Avis! Frisch marinierten Silberlachs in Gölle, frischen Blumenkohl, hochrothe süße Apfelsinen, schönste gelbe Citronen, alle Sorten hochfeinen geschmackvollen Käse, frischen Kollat in Gölle, frische Gb. große Neunaugen, sowie sämtliche Delicatessen und eingelegte Früchte empfiehlt zu sehr billigen Preisen Kletschoff.

Magenkrampf

wird sofort und sicher beseitigt durch magenstärkenden

Ingwer-Extrakt

von

August Urban in Breslau,

in Flaschen à 20 und 10 Sgr. bei E. Becker jun. und bei S. Samter jun. in Posen, Wilhelmstr. Nr. 11.

Eisenkonstruktion

zu Stall- und allen anderen Bauten werden unter Garantie solide und billigst ausgeführt; Zeichnungen und Anschläge gratis.

Außerdem empfehlen vorzügliche Breit- Dreifachmaschinen, Möhrwerke, Schrotmühlen, Säckelmaschinen für Kraft- und Handbetrieb, sowie alle Landwirthschaftlichen Maschinen und Geräte, Bau-, Maschinen-, Stahl- und Hartguß, sowie bestes Schmiedeeisen und alle Sorten Schraube.

Eisenhüttenwerk Tschirnberg bei Galtbau Ndr.-Schlef.

Gebr. Gloeckner.

Zum Verkauf von fettem Vieh am hiesigen Markt empfiehlt sich den Herren Gutsbesitzern das Vieh-Kommissions-Geschäft von

C. Wagener & Co., Berlin NO., Landsbergerstr. 10.

Emser Pastillen,

aus den festen Bestandtheilen, der Emser Wassers unter Leitung der Administration der König Wilhelms Felsenquellen bereitet, von bewährter Heilkraft gegen die Leiden der Respirations- und Verdauungs-Organen, in plombrten Schachteln mit Kontrollstreifen vorrätig in Posen in der Brandenburger Apotheke, in J. Schleyer's Droguen-Handlung, Breitestrasse 13, Dr. Wachsmann'schen Apotheke, Breslauerstrasse, in der Weiss'schen Rothen Apotheke, Markt 37, bei Frenzel & Comp. und bei Osw. Schaepe, in Rawiez bei M. O. Riem-schneider.

Engros-Versandt:

Magazin der Emser Felsenquellen in Köln.

Eisenkonstruktion

zu Stall- und allen anderen Bauten werden unter Garantie solide und billigst ausgeführt; Zeichnungen und Anschläge gratis.

Außerdem empfehlen vorzügliche Breit- Dreifachmaschinen, Möhrwerke, Schrotmühlen, Säckelmaschinen für Kraft- und Handbetrieb, sowie alle Landwirthschaftlichen Maschinen und Geräte, Bau-, Maschinen-, Stahl- und Hartguß, sowie bestes Schmiedeeisen und alle Sorten Schraube.

Eisenhüttenwerk Tschirnberg bei Galtbau Ndr.-Schlef.

Gebr. Gloeckner.

Zum Verkauf von fettem Vieh am hiesigen Markt empfiehlt sich den Herren Gutsbesitzern das Vieh-Kommissions-Geschäft von

C. Wagener & Co., Berlin NO., Landsbergerstr. 10.

Versicherungs-Gesellschaft zu Schwedt a. O.

Nach Vorschrift des Artikel 17 unseres Statuts laden wir die Mitglieder der Gesellschaft zu der
am 2. März dieses Jahres, Vormittags 10 Uhr,
in dem hiesigen Gesellschaftshause abzuhaltenden
ordentlichen Generalversammlung
ein.

Es wird in derselben über die im Artikel 17 sub 1, 2, 4 und 6 des Statuts erwähnten Gegenstände verhandelt und beschlossen werden.

Darauf, dass dieser General-Versammlung das Recht zusteht, eine ausserordentliche General-Versammlung einzuberufen, wird hiermit gleichzeitig hingewiesen.

Schwedt, den 28. Januar 1880.

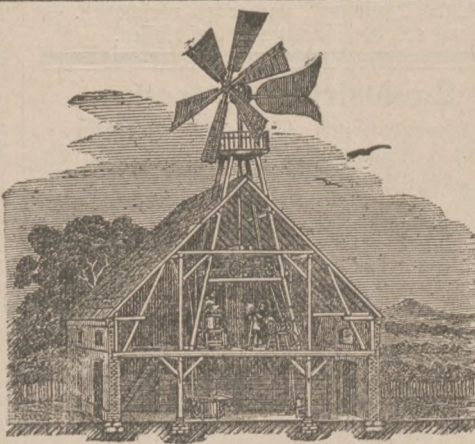
Der vollziehende Direktor.
von Brandt.

Wegen Geschäfts-Aufgabe gänzlicher Ausverkauf

meiner Bestände an feinen Bremer und Hamburger Cigarren und Cigaretten zu sehr billigen Preisen.

E. Heymann,

Wilhelmsstrasse 5, neben der Post.



Wichtig für Landwirthe.
Neuester selbstthätiger Windmotor

Deutsches Reichs-Patent.
Kostenlose Betriebskraft!

Ersparung gegen Kohlenbetrieb jährlich mindestens 8-900 Mk. Auf vielen Ausstellungen mit Staats-Medaille u. s. w. prämiert. Leichte Anbringung auf jedem Gebäude. Geringer Preis. Vielmalige Ausführung. Beste Referenzen.

G. Philipsthal, Stolp i. P.,
Maschinenfabrik.



Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie zum Besten

hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unbemittelter Kranken.
25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der 3. Klasse am 3. März 1880.

Hauptgewinne der 3. Klasse:

1 Doppelfaleiche, Werth 2200 M., 1 Mobiliar, Werth 1857 M.,
2 Pianoforte, Werth à 720 M., 1 Mobiliar, Werth 470 M., 2 Gew.,
1 Chaise longue, Werth 300 M., 7 Gew., 1 Garderobeschrank, Werth 525 M., 9 Gew., 1 Herren-Ancre-Taschenuhr, Werth 450 M., u. s. w.
Erneuerungsloose à 1,50 Mark, Kaufloose à 3,75 Mark sind zu haben in der Exped. d. P. 3tg.
Erneuerung bis zum 24. Febr. cr., Abends 6 Uhr.

Silber-Lotterie.

Beranstaltet vom Verein für Orts- und Heimatkunde zu Gunsten des Vereins-Museums zu Altena a. d. Lenne.
Mit obrigkeitlicher Genehmigung.

Ziehung spätestens am 11. April 1880 zu Altena.

Erster Hauptgewinn: Ein vollständiges Silber-Service, reich eiselirt, verguldet und emailirt, 5600 gr. schwer, im Werthe von 1500 Mark,
Zweiter Hauptgewinn im Werthe von 700 Mark,
Dritter

5 Gewinne	=	=	550	=
6	=	=	600	=
4	=	=	270	=
2	=	=	258	=
2	=	=	72	=
30	=	=	750	=
50	=	=	1000	=
100	=	=	1000	= 2c. 2c.

Loose à 1 M. zu haben in der Expedition der Posenen Zeitung.

Per 1. April c., ev. auch früher, suche ich einen
gewandten

R i i f e r.

Selbstgeschriebene Offerten u. Zeugnisse an
J. Gutsmann's Weinhandlung, Gleiwitz.

Ein junger Landwirth,
gestützt auf gute Zeugnisse, gegenwärtig auf abgeforderten Vorwerk, sucht zum 1. Juli Stellung. Gef. Off. E. S. Pogorzelle postlagernd.

Für meine Liqueur- und Billard-Stube suche per sofort einen
Musikanten.
Jacob Schachmann.

Ein nüchternen, tüchtiger
Huf- und Aker Schmied
findet am 1. April d. J. Unterkommen.

Ein fleißiger
Schäfer,

der sein Fach versteht, am 1. Juli d. J. auf dem Dom. Marianowo bei Zirk. Fr. Zobel, Besitzer.

Ein junges, anständiges Mädchen wünscht Stellung als Verkäuferin in der Stadt Posen vom 1. Februar. Offerten bitte niederzulegen postlagernd A. F. 100 Posen.

Eine gewandte
Buchmacherin,

die namentlich in Stutgarth firm ist, findet dauernde Stellung in
Hahn's Strohhut-Fabrik,
Wasserstrasse 13.

Eine ev. gepr.
Erzieherin,

welche seit mehreren Jahren mit gutem Erfolge unterrichtet, sucht Offern Stellung in einer Familie. Nähere Auskunft erth. Herr Dr. Schummel, Breslau, Dominikanerplatz Nr. 2.

Ein tüchtiger
Wirtschaftsbeamter,

evangelisch, unverheirathet, ca. 600 Mark Gehalt, findet sofort oder 1. April Stellung. Offerten persönlich oder schriftlich bei
E. Lubjanski, Posen, Neustädter Markt Nr. 10.

Stellenfindende Personen jeder Branche placirt Bureau Sillesla, Dresden, Al. Ziegelfstr. 6.

Eine cons. Erzieherin, die schon lange Jahre Kinder von 5-10 Jahren mit dem besten Erfolg unterrichtet hat, sucht um selbstständig zu sein, in einer grösseren Stadt eine Stelle; zu mütterlichen Kindern d. besten Zeugnisse steh. zur Seite. Gefällige Offerten postlagernd Mogilno M. B.

Eine anständige Person, in allen häuslichen Arbeiten wie im Nähen und Ausbessern bewandert, sucht außer dem Hause Stellung. Näheres bei
P. Dajez, St. Martin 44.

Gegen mäßige Pension wird so gleich oder zum 1. April ein junger Mann gesucht, der Lust hat, die
Landwirthschaft
zu erlernen. Polnische Sprache erforderlich.
Dom. Idasheim b. Crin.

Ein zuverlässiger Schäfer, geb. Schleier, noch unverheirathet, 35 J. alt, sucht per 1. Juli eine Stell., wo er sich zu verheirathen gedenkt. Derselbe vertritt eine Stelle seit 4 J. mit bestem Erfolg, stets nüchtern, versehen mit guten Attesten und Kautions. Gef. Off. werden erbeten an den Schäfer Kasper zu Przybroda b. Kiełko, Kreis Gnesen.

Posener Verein zur Unterstützung von Landwirthschafts-Beamten.

Ein Gutsverwalter und mehrere verheirathete Wirthschafts-Inspektoren suchen Stellung. Auskunft ertheilt der Schriftführer Boettger, Wienerstrasse 2.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich:
Röschen Schwarz.
Nathan Patwel.
Neustadt a. W. Samter.

Die Verlobung unserer Tochter Clara mit Herrn Adolph Schwenzenz aus Berlin zeigen hierdurch ergebenst an
Posen, im Januar 1880.

David Brock
und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Lina mit Herrn Adolph Lippmann aus Samter beehren wir uns hiermit Verwandten, Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung anzuzeigen.
J. B. Cohn und Frau.
Lina Cohn. Adolph Lippmann.
Verlobte. Posens. Samter.

Die Verlobung meiner Tochter Wanda mit dem Brennerei-Verwalter Herrn Woydt zu Dembno, erkläre ich hiermit für aufgehoben.
A. Woydt.
Lussow, den 28. Januar 1880.

Durch die glückliche Geburt eines munteren Töchterchens wurden hoch erfreut
Nathan Rosenthal
und Frau
geb. Neustadt.

Am 28., früh 1½ Uhr, starb nach längeren Leiden unser geliebtes Töchterchen Helene im Alter von 1 Monat 1 Tag, welches tiefbetrübt Freunden und Bekannten anzeigt
Carl Niebel nebst Frau.
Die Beerdigung findet am 30., 3 Uhr Nachmittags statt.

Nach langem schweren Leiden entschlief sanft am 26. d. M., Morgens 7½ Uhr
Fr. Clotilde Viertel
Vorsteherin der hiesigen höheren Töcherschule.

Durch liebevolle, strenge Pflanz-erfüllung, wie durch freundliche Eingebung an ihren Beruf hat sich die zu früh Entschlafene in den Herzen ihrer vielen Schülerinnen ein unvergängliches Denkmal und über das Grab hinaus dauernde Anerkennung und Dankbarkeit der Eltern ihrer Zöglinge errungen.
Kosten, den 27. Januar 1880.

Die Eltern der Schülerinnen.

200 Mark Belohnung!

Freitag den 23. Januar, Nachmittags, ist mir eine Brieftasche, 15 Reichsmarkenscheine à 100 Mark, deren Nummern bekannt, enthaltend, abhanden gekommen, und zwar entweder auf der Station Puf, oder in dem Salonwagen III. Klasse während meiner Fahrt nach Posen. Der ehrliche Finder wird gebeten, die 1500 Mk. nebst Brieftasche gegen obige Belohnung abzugeben an Herrn Pensionhalter **Isidor Jacobsohn** in Posen, Jesuitenstr. 11, 2 Tr.

Heute Donnerstag **G i s b e i n e.**
M. Matuszewski, Schulstr. 4.

Naturwissenschaftlicher Verein.

Donnerstag, den 29. Januar, Abends 8 Uhr,
in der Aula der Realschule:
Öffentlicher Vortrag
des Hrn. Dr. Landsberger:
Schlaf und Traum.
Eintrittskarten in der Rehfeld'schen Buchhandlung.

Lambert's Concert-Saal.

Montag, den 2. Februar cr. Abends 8 Uhr:
IV. Sinfonie-Concert.
Suite E-moll (No. 2) Lachner.
Sinfonie Pastorale (No. 6) Beethoven.
W. Appold,
Königl. Musik-Diregent.

Stadttheater.

Donnerstag, den 29. Januar 1880: 2. Vorstellung im 5. Abonnement.
Joseph in Egypten.
Oper in 3 Akten. Musik von Mehul.
Freitag, den 30. Januar.
Mit aufgehobenem Abonnement.
Letztes Gastspiel und Benefiz für Herrn Dr. Hugo Müller.
Letztes Auftreten des Herrn Dr. Hugo Müller in Posen vor seinem bevorstehenden Abgange von der Bühne:

Die Journalisten.
Lustspiel in 4 Akten von G. Freitag.

B. Heilbronn's Volksgarten-Theater.
Donnerstag, den 29. Januar cr.: Benefiz für Herrn N. Dieh.
Eine feste Burg ist unser Gott, historisches Schauspiel mit Gesang in 5 Akten.
Die Direktion. B. Heilbronn.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt. Fr. Friederike Gafeloff in Brandenburg mit dem Schriftgelehrten Fr. Scheide in Offenbach. Fr. Agnes Stöck in Frankfurt a. M. mit dem Gerichts-Assessor Georg Schlame in Berlin. Fräul. Hermine Dehlmann in Metzingen mit dem Gutsbes. Mathias Schneidewind in Adendorf.

Verheirathet. Herr Herrm. Sandrock mit Fräul. Hedwig Böhm in Berlin. Herr Dr. Riegg mit Fr. Gertrud Behr in Berlin. Herr Alfred Richter mit Fr. Charlotte Baither in Frankfurt a. M. Herr Gustav Gader mit Fräul. Pauline Staudacher in Heidenheim.

Geboren. Ein Sohn den Herren: Apotheker G. Meyer in Berlin. Maurermeister A. Zabel in Neukruppin. J. Bertram in Kreuzburg. D. S. Hauptmann Stern in Bremen. Antsrichter Dr. Hartwig in Karthaus. Rittmeister a. D. von der Bock in Friedeburg a. d. Saale. Mar. Simonjohn, Robert Wegger und Otto Schid in Berlin. — Eine Tochter den Herren: Rechnungsrath Schallhorn in Berlin. Eisenbahn-Ingenieur Bindemann in Hannover. W. Saenger und Adolf Schönland in Berlin.

Gestorben: Prem.-Lieutenant a. D. Franz Beyer a. Eberswalde. Rechnungsrath Steinke a. Harburg. Rentier Kluge a. Neukruppin. Fr. Wilhelmine Finde in Neu-Strelitz. Bern. Stadtmusikus Wilhelmine Clemens, geb. Nitsche in Berlin. Herr Jean Walter in Berlin. Herr. Frau Aurora Rahlke, geb. Cohn in Berlin. Frau Louise Rittler, geborene Werther in Berlin. Frau Hof-Maurermeister Minna Marfert, geb. Cornelius in Berlin. Fr. Emma Schäfer in Berlin. Kaufmann Ernst Kypke in Berlin. Tischlermeister Grieneisen in Berlin. Bildhauer Gustav Pable in Berlin. Herr. Frau Emilie Janisch, geb. Fanning in Berlin. Frau Florentine Harenberg, geb. Richter in Kärntenwalde. Herr. Frau Dr. Emilie Wille, geb. Siebert in Regin. Fr. Vally Prawitz in Bernsdorf bei Königs-Wusterhausen. Frau Minna Bode, geb. Michaelis in Brandenburg.

Für Bandwurmleidende!

Von der populären Schrift des Apothekers Klug
Der Bandwurm bei Menschen und Thieren

und die naturgemäße Vertilgung desselben durch Abtödtung der „Brut“ und nicht bloss des Kopfes ist soeben, kaum 4 Monate nach ihrer Herausgabe, die 3. Auflage im Verlage von C. Rossbach, Berlin, Wilhelmstr. 15 erschienen, welcher Umstand wohl am besten für die Vorzüglichkeit derselben spricht. Es ist solche für den Preis von 1 Mark durch alle Buchhandlungen und durch das unterzeichnete Institut zu beziehen. Letzteres hat die darin empfohlene Kurmethode mit bestem Erfolge adoptirt und legt den bei ihm entnommenen Exemplaren ein Prospect seines Heilverfahrens gratis bei.

Berliner Kurhaus für Bandwurmleidende,
Berlin, Fühwstraße 83.

Techn. Dirig.: Der Königl. preuss. Oberapotheker Bräutigam.

Die beste Stahlfeder ist: S. Roeder's Bremer Börsenfeder.

Da bereits vielfache Imitationen dieser ausgezeichneten Federn in den Handel gebracht worden sind, so verlange man ausdrücklich:

S. Roeder's Bremer Börsenfeder.

Gut geräucherter (H. 5330)
Landipede

wird in Posen gegen Kassa zu kaufen gesucht. Offerten werden unter T. J. 764 durch Haasenstein & Vogler, Magdeburg, erbeten.

Kartoffeln.

Vom Kreise mit dem Ankauf beauftragt, bittet um billige Offerten
Joseph Fraenkel,
Ratibor, Oberschlesien.

Kartoffeln

kaufe große Parthien. Gef. Fre-Offerten erbittet
Decker,
Chrenfeld bei Cöln.

Leihgeschirr

empfehlst billigt
Sigism. Ohnstein,
Wilhelmspl. 5.

Musik-Unterricht.

Schießstr. 2.
Der Unterricht beginnt wieder
Montag, den 2. Februar.
Zur Annahme neuer Schüler bin ich täglich 2-5 Uhr bereit.
Alma Schmiedtke.

Zur Erlernung

eines
ärztlichen Faches
mit Recepturkunde

Einkommen über 10,000 Mk., Erforderlich nur 600 Mk., können sich anständige Herren melden sub Adresse A. R. Z. 101. Postlagernd Breslau.

W. Müller,
Klavierstimmer,
Mühlenstraße 34, III.

Damen finden Rath und legenhait. Frau C. Lattke, Christinenstr. 8 II. C. Berlin.

Als
Hühneraugen-Operateur
empf. sich Ed. Fleischer, Alt-Markt 77.

Ich wohne Jesuitenstraßen- und Marktecke.
J. Polomski,
approbierter Zahnarzt.

Von 8-9 früh für Unbemittelte mmentgeltlich.

Specialarzt
Dr. med. Meyer,
Berlin, Leipzigerstr. 91,

heilt auch brieflich Syphilis, Geschlechtschwäche, alle Frauen- und Hautkrankheiten, selbst in den hartnäckigsten Fällen, stets schnell mit bestem Erfolge.

Ein j. Mann sucht Kost u. möbl. Wohnung i. d. Nähe d. Berl. Thores. Preis-Offerten postlagernd erbeten.

2 möbl. Z., part., nach vorn, sofort zu verm. Breslaustr. 15.
Mühlenstr. 34, 3 Tr., ist ein möbl. Z. m. sep. Eing. m. Kost sof. bill. z. verm.

13 Friedrichstraße 13
ist eine herrschaftl. Wohnung in der 1. Etage, neu renovirt, zu vermieten.

Kleine Wohnung zu vermieten Wilhelmstr. 26 b. Uhrmacher.

Martinsstraße 18 ist verleihtungs- halber die halbe 1. Etage — 6 Stuben nebst einge. Badestube und sonstigen Zubehör — zum 1. April cr. zu vermieten.

2 möbl. Zimmer f. z. verm. Neustadtstr. 6, 2 Tr. rechts.